

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
8. Januar 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Kämpfend voran! — Bezirks-Frauenkonferenzen. I. Von Luise Bieg.
— Gegen die Frauenverblödung im Kino. Von Roland. — Textil-
arbeiterelend. Von Helene Brandenburg. — Die Genossinnen der
Vereinigten Staaten von Nordamerika an die Genossinnen aller
Länder. Von Meta L. Stern.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Aus den Organisationen:
Jahresbericht über die Tätigkeit der Genossinnen im Wahlkreis
Dortmund-Hörde. — Jahresbericht der Freiburger Genossinnen.
— Ferienausflüge für Arbeiterkinder in Bremerhaven. — Minna
Kautsky ? — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaft-
liche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. —
Aus der Holzarbeiterbewegung. Von sk. — Genossenschaftliche
Rundschau. Von H. F.
Notizen: Dienstitelfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im
Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Kämpfend voran!

Ein Jahr liegt hinter uns, das für die Erweckung und
Schulung der frondenden Massen das Werk von Jahr-
zehnten getan hat. Selten nur haben sich in einem so kurzen
Zeitraum die Ereignisse zu einem gleich verständlichen, ein-
drucksvollen Anschauungsunterricht der Tatsachen zusammen-
gedrängt wie in den letzten zwölf Monaten.

Diese standen fast von Anbeginn an in dem Zeichen einer
Verteuerung des Lebensbedarfes, die immer mehr stieg, die
Kleinen und Armen im Reiche zu bitteren Leiden verur-
teilte und für sie wahre Hungersnotverhältnisse schuf. Das
aber wurde vor aller Augen als das Eigentümliche, das
Wesentliche der Erscheinung aufgedeckt: Teuerung und Not
waren nicht Kinder des Mangels an den Gütern des Lebens-
bedarfes, sie erwuchsen im Gegenteil aus dem Überfluß
oder richtiger aus der Macht zur Erzeugung des Überflusses,
einer Macht, die zum Segen für wenige, zum Fluche für
viele geworden ist. Als sich das Jahr zu neigen begann,
stand im Südosten Europas der Krieg auf, der alle Bar-
barei der Vergangenheit und alle Grauel moderner Massen-
mordtechnik losließ, als schrecklichsten der Schrecken aber
einen Weltkrieg zu entfesseln drohte. Und die Weltkriegs-
gefahr hat als die furchtbarste Hinterlassenschaft des ver-
flossenen Jahres die Völker über die Schwelle von 1913 be-
gleitet. Kriegsgefahr und ihr Zwillingsgeschwister, aber-
wichtiges Kriegsrüsten, als Folgen davon, daß das Wirt-
schaftsleben die Interessen der Völker immer inniger mit-
einander verflocht, daß aber gleichzeitig der Vorteil einer
kleinen Minderheit Gegenjäre und Feindschaften erzeugt und
den Massenmord als letztes Auskunftsmitglied der kapitalisti-
schen Ausbeutungsherrschaft forderte.

Streikprozesse in den verschiedensten Teilen des Reiches,
ganz besonders aber im Ruhrgebiet, haben die alten fühl-
baren Lektionen von der Klassenjustiz verschärft, die mit
Drehen und Denteln den Rechtsboden der bürgerlichen Ge-
sellschaft zermürbt und brutal zerstampft, um die Ausge-
beuteten dafür zu züchtigen, daß sie im Kampfe für Brot
und Menschenwürde dem auswuchernden Reichtum den Ge-
horfam verweigerten. Im neuen Reichstag fanden sich die

bürgerlichen Parteien in allen entscheidenden Fragen gegen
die Interessen der Arbeiterklasse brüderlich zu der einen re-
aktionären Masse zusammen. So vor allem in der Aus-
lands- und Kolonialpolitik und bei den Rüstungsforde-
rungen, wo die schönste Selbstsucht der herrschenden Klassen
und Kasten sich tüchtig und verlogen hinter dem Ideal des
Vaterlandes verkroch. Verhandlungen und Entscheidungen
des Reichstags reiheten sich Glied an Glied zur Kette des
Nachweises, daß für den Kampf gegen die frech-draufgänger-
ische Reaktion, daß für die „positive Arbeit“ ernster sozialer
oder wenigstens politischer Reformen nicht jene einheitliche,
männlich entschlossene „Linke“ existiert, die von hoffnungs-
reichen Gemütern immer wieder im Traume geschaut wird.
Sind nicht zu guter Letzt noch die Nationalliberalen fromm
schüßend vor die Regierung des Zoll- und Steuermuchers,
der Grenzsperr- und Fleischzufuhrverbote getreten? Bei der
Teuerungsimpellation halfen sie Konservativen und Zen-
trümern den sozialdemokratischen Antrag niederstimmen, der
die völlig unzulänglichen Maßnahmen gegen die Fleischnot
verurteilt wissen wollte. Die geduldige Druderschwärze hatte
uns mit ungezählten Wenn und Aber die lebenskräftigen
Tugenden des „neuen Liberalismus“ verkündet. Aber siehe,
das erste Jahr seiner parlamentarischen Arbeit hat schon er-
wiesen, daß der „neue Liberalismus“ der alte geblieben, ja
noch älter geworden ist. Mit eisernem Besen hat die Ent-
wicklung des Kapitalismus nebst ihren politischen Begleit-
umständen Illusionen fortgesetzt, die hier und da den Blick
für die nüchterne Beurteilung der Dinge zu verdunkeln ver-
mochten.

Das Proletariat lernt immer mehr und immer klarer in
ihrem Zusammenhang all die Erscheinungen des politischen,
des öffentlichen Lebens erfassen, die im Laufe des letzten
Jahres mit harter Faust schädigend in das Dasein der Massen
eingegriffen haben. Und es erkennt ihre gemeinsame Wurzel
in der kapitalistischen Wirtschaft der Gesellschaft, die sich auf
dem Privateigentum aufbaut. Seiner wachsenden Reize und
Kraft entsprechend hat es 1912 der Unbill und den finsternen
Drohungen der kapitalistischen Ordnung glänzende Waffen-
taten entgegengestellt.

Nach einem tapferen, mit strotzender Kraft geführten
Wahlkampf wehte am Jahresbeginn das Banner der So-
zialdemokratie über dem Schlachtfeld, auf dem die Partei
das stolze Heer ihrer 4 1/2 Millionen Wähler gesammelt hatte.
Und ehe daß 1912 zur Rüste ging, rechte in Basel das ver-
einigte Proletariat aller Länder seinen gewaltigen Arm
aus, mahnend und drohend, um den Frieden gegen die Ge-
lüste des bluttrunkenen Imperialismus zu sichern. Die ziel-
bewußt kämpfende Arbeiterklasse Deutschlands war mit
glühender Seele bei der Kundgebung; sie weiß, daß die
Bügelung der Kriegsbestie das Werk der Völker sein muß,
denn sie schätzt die geschichtlichen Dinge richtig ein, die alle
Bündnisse der rüstungstollen Regierungen weit mehr Ver-
drohungen als einen Sort des Friedens sein lassen. Zwi-
schen den beiden Sieges- und Ehrenmalen des proletarischen

Klassenkampfes liegt eine kaum zu überschauende, kaum ganz zu fassende Unsumme fleißiger, treuer Arbeit, unablässigen Ringens, um die Ausgebeuteten aus dem Ägypten des Kapitalismus in das Kanaan der Befreiung zu führen.

Unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sind gewachsen und erstarkt, der Zeiten Not hält in ihnen das Streben nach reiferen Erkenntnissen lebendig, stellt sie tagtäglich vor neue, schwierige Aufgaben, weitet ihre Arbeitsgebiete und steigert ihre Verantwortlichkeit. Unsere Jugendbewegung entwickelt sich kraftvoll wie unsere Frauenbewegung, die Bildungsbestrebungen gehen in die Breite und Tiefe. Die Parlamente und die verwaltenden Körperschaften sind Kampfplätze, auf denen die Ausgebeuteten selbst ihre Interessen verteidigen. Auf der ganzen Linie des sozialen Lebens dringt das klassenbewußte Proletariat vorwärts, um der herrschenden Minderheit jeden Fuß breit Boden streitig zu machen, der zum Stützpunkt des weiteren Kampfes gegen die kapitalistische Ordnung werden kann, um den zermalmenden Einflüssen dieser Ordnung jede Seele zu entreißen, die von demütigem Sklavensinn zu stolzer Freiheitsliebe und unerschütterlichem Kampfeswillen genesen soll. Es ist das beste Herzblut Ungezählter, das unter täglichen Opfern Arbeit und Kampf nährt. Aller Unbarmherzigkeit der proletarischen Klassenlage zum Trotz erstarken und regen sich unter den Massen lebendige Kräfte, die die kapitalistische Plusmacherei nur als Kulturdünger gelten lassen möchte, mit denen sie aber nun als mit unverföhnlichen feindlichen Mächten rechnen muß. „Die Geister sind erwacht!“ Riesengroß haben sich im verflossenen Jahre die Wahnwitzigkeiten und Verbrechen der kapitalistischen Ordnung aufgerichtet. Ein Heer proletarischer Klassenkämpfer, stärker geworden an Zahl und Geschlossenheit, an Einsicht und Kampfesbegier ist aus dem Ansturm wider diese Ordnung in das neue Jahr herübergezogen.

Die Zeichen der Zeit künden ihm, daß es den Kampf gegen die alten Übel und den alten Todfeind mit gesteigerter Wucht weiterführen muß. Die nächste große politische Schlacht, die es liefert, wird bei den preussischen Landtagswahlen geschlagen. Für die werktätigen Massen des ganzen Reiches ist es daher ein fröhlicher, verheißungsreicher Jahresanfang, daß in diesen Tagen der Parteitag der preussischen Genossen über den Aufmarsch zum Wahlkampf entscheidet und das Signal zum Vorwärtsschritt gibt. Soweit sich die Situation bis jetzt überschauen läßt, werden dafür die Richtlinien maßgebend sein, die die Parteileitung Preußens in ihrer Resolution aufgezeichnet hat. Die Mehrheit der Genossen wird sich nicht durch die Halluzinationen narren lassen, als ob die Sozialdemokratie durch einen Verzicht auf selbständiges Vorgehen im ersten Wahlgang und ein Valtieren mit dem liberalen Krethi und Plethi eine zuverlässige wahlrechtsfreundliche „Linke“ für das Dreiklassenhaus schaffen könnte. Die Spuren schreden! Die Erfolge der bayerischen Genossen mit solcher Taktik reizen nicht gerade zur Nachahmung in Preußen an. So wird die Berliner Tagung erklären, was für die Partei des proletarischen Klassenkampfes das Selbstverständliche ist: das selbständige Vorgehen im ersten Wahlgang, das von unserer grundsätzlichen Würdigung des Parlamentarismus, des politischen Kampfes überhaupt Inhalt und Gepräge erhält.

Das ist um so unabweisbarer, als die Bedeutung der bevorstehenden Wahlkampagne darin gipfelt, daß sie von der Sozialdemokratie als Wahlrechtskampf geführt wird. Im Angesicht dieses geschichtlichen Zwanges ist es gewiß eine Binsenwahrheit, daß unsere Partei auch nicht ein Gramm parlamentarischen Einflusses fahren lassen darf, das sie selbst zu erringen, das sie auf bürgerlicher Seite für eine durchgreifende Wahlrechtsreform zu erringen vermag. Es wäre jedoch eine Torheit ohnegleichen, wollte sie dieses Gramm Einfluß mit Pfunden der politischen Macht bezahlen, die sie außerhalb des Abgeordnetenhauses sammeln kann und sammeln muß. Denn über die Auffassung der selig ent-

schlafenen Tränmer und Schwächer der Frankfurter Paulskirche ist das klassenbewußte Proletariat glücklicherweise längst hinaus. Es weiß, daß die Parlamente nicht schöpferische Gewalt haben, die Geschichte machen, und daß im besonderen das preussische Abgeordnetenhaus das letzte aller Parlamente sein würde, das sich anders als aus der Furcht vor dem hallenden Tritt anrückender Arbeiterbataillone zu einer demokratischen Wahlrechtsreform verstände.

Arbeiterbataillone, ein Massenheer wider das Dreiklassenwahlrecht zusammenzuscharen und zu schulen, das ist und bleibt das vornehmste praktische Ziel des Landtagswahlkampfes in Preußen. Für dieses Ziel werden die Genossinnen ganz Deutschlands mit Begeisterung ihre Kraft einsetzen. Was sie dabei leitet, ist die Gewißheit, daß es in diesem Feldzug auch um ihr politisches Bürgerrecht geht; ist die Erkenntnis, daß mit dem preussischen Geldsackwahlrecht die Macht der bestehenden und ausbeutenden Klassen im Reiche einen nicht zu vermeidenden Schlag empfängt. Auch im preussischen Wahlkampf geht es daher für das deutsche Proletariat gegen Lebensmittelwucher, Rüstungskoller, Kriegsbeute, Reform- und Rechtsfeindschaft, geht es „uns Ganze“: um die politische Macht, die den Kapitalismus in die Grube stößt. Darum: Kämpfend voran!

Bezirks-Frauenkonferenzen.

I.

Die Frauenkonferenzen, die seit einigen Jahren in verschiedenen Agitationsbezirken stattfanden, haben Wesentliches zur Förderung der politischen Frauenbewegung beigetragen. Einberufen und geleitet von den Bezirksvorständen, fügten sie sich fest in den Rahmen der Organisationen ein und vertiefen bei Männern und Frauen das Bewußtsein von der Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit innerhalb der einheitlichen Organisation und für diese. Ganz besonders aber befestigten sie bei den Parteimitgliedern die Überzeugung, daß die Bezirksleitungen der Gewinnung und Schulung der noch indifferenten Frauenmassen für den Klassenkampf die größte Bedeutung beilegen und alles tun, um sie zu fördern.

Bei der Förderung der proletarischen Frauenbewegung gehen die Bezirksleitungen von dem durchaus richtigen Grundsatz aus, den vorliegenden Aufgaben die verfügbaren Kräfte der fortgeschrittenen Genossinnen voll nutzbar zu machen und die reichen schlummernden Kräfte in den proletarischen Frauenkreisen zu wecken und aktiv wirksam werden zu lassen. Daß sie dabei im weitesten Maße Rücksicht nehmen auf die wirtschaftlichen, sozialen und familiären Verhältnisse, unter denen die Proletarierinnen leben, die noch in politischer Indifferenz verharren oder eben erst von der Organisation erfasst worden sind: das ist ein Gebot der Klugheit, das nicht unbeachtet bleiben darf, soll die Agitations-, die Organisations- und die Schulungsarbeit von Erfolg begleitet sein. Die einheitliche Organisation und das starke Zusammengehörigkeitsgefühl der männlichen und weiblichen Parteimitglieder, das durch die Klassenlage und das Klassenbewußtsein, durch die einheitliche grundsätzliche Auffassung und das gemeinsame Ziel des Klassenkampfes gegeben ist und täglich neue Nahrung erhält, schließen keineswegs einen gewissen Spielraum für die Initiative der Genossinnen aus, ebensowenig aber auch besondere Agitations- und Schulungsmethoden für das Wirken unter den Frauen. Sie setzen dies alles vielmehr voraus, soll die einheitliche Organisation nicht zu einem Prokrustesbett für das geistige Leben, für die herrliche Begeisterung und die große Arbeitsfreudigkeit der weiblichen Parteimitglieder werden. Diese Erkenntnis bricht sich erfreulicherweise immer mehr Bahn und schlägt immer festere Wurzeln. Die zahlreich veranstalteten Bezirkskonferenzen der letzten Zeit sind der deutlichste Beweis für diese Tatsache.

Die Genossinnen sehen in dem entsprechenden Verhalten der Bezirksleitungen eine Anerkennung ihres ernstesten Strebens, nach Kräften mitzuarbeiten an dem großen Werke der

Menschheitsbefreiung. Diese Anerkennung, die ständig sich erweiternde Mitarbeit der organisierten Frauen in der Partei, das Bewußtsein: wir sind nicht Objekte, sondern Subjekte der Bewegung, heben in hohem Maße die Arbeitsfreudigkeit, die Opfer- und Kampfeswilligkeit der Genossinnen.

Die Vorteile, die der Gesamtbewegung daraus erwachsen, liegen auf der Hand: Je mehr durch planmäßige Agitation unter den Frauen und treues Handinhandarbeiten aller Parteimitglieder die schlimmste Feindin unserer Bewegung, die indifferente Frau, in eine überzeugte und begeisterte Klassenkämpferin verwandelt wird, desto schneller wird sich unsere Auf- und Vorwärtsbewegung vollziehen. Erklärlich genug: dem vorwärtstrebenden Manne wird der ewige Kleinkrieg am häuslichen Herde erspart, den er mit einer rückständigen Frau täglich aufs neue ausfechten müßte. Statt dessen wird die politisch denkende und handelnde Frau ihm eine treue Stütze und Waffengefährtin sein; sie wird durch Beispiel und Belehrung die Kinder im Sinne des Sozialismus erziehen und damit dahin wirken, daß eine einheitliche Weltanschauung die Familienmitglieder fest aneinander fettet und die sozialistischen Grundsätze das Lebenselement der proletarischen Familien werden. Ja, noch mehr: Auch außerhalb des Familienkreises wird die sozialistisch gesinnte Frau für ihre Überzeugung wirken, wo immer sich ihr Gelegenheit dazu bietet. Sie findet täglich Anlaß, Aufklärung zu verbreiten, für unsere Presse, für unsere Literatur überhaupt zu agitieren, für die Organisation zu werben usw.

Partei Vorstand und Parteiauschuß sind denn auch einig in der Beurteilung des Wertes der Bezirkskonferenzen für Frauen. Sie sind der Meinung, daß diese Konferenzen nicht Sonderbestrebungen dienen, ja nicht einmal den Keim zu Sonderbestrebungen enthalten dürfen, sondern feste Organisationseinrichtungen darstellen und nach Bedarf von den Bezirksleitungen einzuberufen und zu leiten sind, um in wirksamer Weise die dringend notwendige Arbeit unter dem weiblichen Proletariat zu fördern. Unter weitgehendster Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse werden hier die Methoden besprochen, deren Anwendung die erfolgreichste und sicherste Überwindung der vorhandenen Hemmnisse verbürgt. Die Agitationstouren, die unter Beobachtung der Richtlinien stattfanden, die auf solchen Konferenzen festgelegt wurden, haben durch ihre Erfolge gezeigt, daß wir auf dem rechten Wege sind.

In den letzten Monaten haben Konferenzen stattgefunden: im Bezirk östliches Westfalen am 29. September zu V i e l e f e l d. Mehr als 50 Delegierte aus den verschiedenen Orten des Bezirkes und die Bezirksleitung nahmen teil an ihr. Nach einem einleitenden Referat der Unterzeichneten setzte eine lebhafte Diskussion ein, an der sich die Genossinnen aus V i e l e f e l d, D e t m o l d, M i n d e n und anderen Orten beteiligten. Allseitig wurden öffentliche Frauenversammlungen zur Gewinnung weiblicher Parteimitglieder und Lesesabende zur Schulung der bereits Organisierten gewünscht. Eine Genossin aus Minden berichtete, wie prächtig sich dort die Frauen als Hauskassiererinnen bewährt hätten, eine andere Rednerin wünschte, daß durch eine umfassende Propaganda unter den Proletariermüttern den Kriegsspielerien der Schuljugend entgegengewirkt werde. Alle Genossinnen waren einig in dem Wunsche und dem Willen, ihr bestes Können einzusetzen, um die proletarische Frauenbewegung vorwärtszubringen. Und da der Bezirksleiter Genosse S c h r e c k ein eifriger Förderer der Frauenbewegung ist, wird diese zukünftig sicher rüstige Fortschritte machen. Der Konferenz folgte eine Agitation im Bezirk durch Genossin K ä h l e r, sie hat uns bereits einen hübschen Zuwachs neuer Mitglieder gebracht.

Eine zweite Bezirkskonferenz tagte am 3. Oktober in Breslau für den gleichnamigen Bezirk Schlesiens. 21 Ortsvereine hatten 52 Genossinnen und 2 Genossen delegiert, außerdem war die Bezirksleitung durch den Sekretär Genossen S c h o l i c h und die Redaktion des Parteiorgans

durch den Genossen N e u f i r c h vertreten. Auch hier erstattete die Unterzeichnete das Referat über das Thema: „Wie gewinnen und wie schulen wir die Proletarierinnen für die politische Betätigung“. Eine lebhaft Diskussions, an der sich der größte Teil der weiblichen Delegierten beteiligte, spiegelte das große Interesse wider, mit dem die Genossinnen der Konferenz beiwohnten. Ein Antrag, die Bezirksleitung möge Schritte unternehmen, damit in Schlesien zur planmäßigen Werbearbeit unter den Frauen recht bald eine Sekretärin angestellt werde, fand einstimmige Annahme. (Zwischen ist diesem Antrag vom Parteivorstand stattgegeben worden. Demnächst wird in Schlesien die erste vom Parteivorstand angestellte Bezirkssekretärin amtieren.) Ferner nahm die Konferenz Stellung zur Frage der K i n d e r a r b e i t und des K i n d e r s c h u t z e s und beschloß, daß man möglichst überall an die Gründung von K i n d e r s c h u t z k o m m i s s i o n e n herangehen solle. Im Anschluß an die Konferenz fand eine glänzend besuchte Frauenversammlung statt, die von Genossin L a w a t s c h geleitet wurde. Die Unterzeichnete referierte über „Die Lebensmittelteuerung“. In der Versammlung wurden über 100 neue Mitglieder für die Partei gewonnen. Über sechs weitere Konferenzen werden wir in nächster Nummer berichten. Luise Ziegl.

Gegen die Frauenverblödung im Kino.

Daran ist kein Zweifel. Das Kino hat in kurzer Zeit einen Einfluß erlangt, der staunenswert ist. Millionen von Männern, Frauen und Kindern aus allen Volksschichten suchen in ihm Erholung von des Tages mühseliger Arbeit, Unterhaltung für ein paar Stunden, Abwechslung. Aber — tun sie recht daran? Das ist die Frage.

Mit Recht wendet sich Genosse Max Grempe („Gleichheit“, Nr. 5) dagegen, daß in den Kinos Films vorgeführt werden, die gegen die Arbeiterbewegung Front machen und sie ins Lächerliche ziehen oder mit Unrat bewerfen. Die Nutznießer und Machthaber der heutigen Gesellschaftsordnung, die alles — Schule und Polizei, Kanzel, Lehrsaal und Presse — in ihrem Dienste haben, konnten an dem Kino nicht achtlos vorübergehen, als sie dessen große Bedeutung erkannten. Sie benötigen es, um zu ihrem Vorteil die breiten Volksmassen zu beeinflussen, ihnen die Kampfesfreudigkeit, den heiligen Eifer für die Befreiung aus den Banden der Not und der Knechtschaft zu rauben. Darin liegt die Gefährlichkeit des Kinos.

Nun bin ich allerdings im Gegensatz zu Genossen Grempe der Meinung, daß gerade die Films, in denen sich diese Absicht offen und unzweideutig kundgibt, nicht gar so gewaltigen Schaden anrichten. Bei Bildern und Dramen der vom Genossen Grempe charakterisierten Art sagt sich jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau schon aus dem bloßen Gefühl heraus: „Das ist nicht wahr; das ist gelogen!“ Weit gefährlicher wirken andere Films, die sich dem Anschein nach von politischer Beeinflussung freihalten und nur der Unterhaltung dienen wollen. Alle jene „Dramen“, die Tag für Tag die schaulustige Menge in die Kinos locken und sie mit Gier und Spannung nach der weißen Leinwand starren lassen, schaden dem gesunden Geiste der breiten Volksmassen und damit auch der Arbeiterbewegung weit mehr als die wenigen Films, die mit Absicht im Sinne des berüchtigten Reichverbandes wirken. Von jenen Films geht ein breiter Strom des Sächlichen und Gemeinen, der Verlogenheit und Sensation in die Hirne und Herzen der Arbeiterschaft und vor allem auch der proletarischen Jugend.

Man lese nur folgende Titel von Dramen, die ich mir aus einigen Zeitungszimmern notiere: Unterbrochenes Brautglück, Der Todesritt, Das Geheimnis der Mühle, Die Weiche von Station Walton, Ehrlos, Eine Minute zu spät, Sklaven der Schönheit, Die Tragödie einer Mutter, Kiebsbücher:

schwarzer Erbe, Morix und das Liebespulver. Handelt es sich hier nicht um offensbaren Schund? Wirken diese Stücke (und es sind noch keineswegs die schlimmsten) nicht in Wahrheit verblödend und verrohend? Was sollen die Zuschauer mit all den Ehebruchsszenen widerlichster Art, mit allen den nervenaufpeitschenden Detektivdramen, mit den Greuelbildern, mit der Albernheit, die sich für Humor ausgibt? Gegen die Schundliteratur der Kolportageromane und Nick-Carter-Gefte wenden wir uns mit aller Energie; weit eindringlicher und gefährlicher wirkt aber dieser Kinoshund, bei dem man sich das Häßliche nicht nur in der Vorstellung ausmalen muß, sondern wo man alles lebendig und wirklich vor den Augen sich abspielen sieht. Es ist schon genug über diese Schundfilme und ihren verderblichen Einfluß geschrieben worden.

Für uns Sozialdemokraten muß als die unheilvollste Wirkung wohl die gelten, daß das Kino die Proletarier abzieht von den politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen ihrer Klasse, daß es den Willen lähmt, im Kampfe um die Freiheit nicht zu rasten, daß es dem Arbeiter und der Arbeiterfrau die Zeit stiehlt, an ihrer geistigen Weiterbildung zu arbeiten, daß es die Köpfe unserer heranwachsenden Arbeiterjugend unheilvoll verwüstet. Darum müssen wir uns mit Entschiedenheit gegen das Kino wenden, wie es heute ist, und nicht nur gegen einzelne Filme.

Gewiß, das Kino ist noch im Werden. Es kann einst ein wundervolles Mittel im Dienste wissenschaftlicher Belehrung und Aufklärung werden. Das beweisen uns schon heute eine Reihe von Filmen, die allerdings in der Masse des Schundes kaum auffallen. Die Kinetographie kann die Tiere auf ihrem nächtlichen Pfad belauschen; sie kann eindringen in das geheimnisvolle Leben der Kleintierwelt. Sie kann uns lebendige Kunde bringen von den Sitten und Lebensgewohnheiten fremder Völker. Sie kann weltgeschichtliche Begebenheiten und kulturgeschichtlich interessante Erscheinungen in ihrer lebendigen Wirklichkeit festhalten für spätere Zeiten. Sie kann uns einen Einblick verschaffen in das Werden aller menschlichen Geräte und Werkzeuge. So hat das Kino gewiß eine Zukunft. Die ist aber eine andere als die, an die Genosse Grempe denkt.

Genosse Grempe möchte das Kino in den Dienst der sozialistischen Agitation stellen. Ich weiß nicht, wie er sich das denkt. Will er anstatt der heute dargestellten Dramen sozialistische Kinodramen vorführen? Dramen, die mit der Kunst nicht mehr gemein hätten als die kritisierten kapitalfrommen Scheuel und Greuel, von denen sie sich nur durch ihren Gedankeninhalt unterscheiden würden? Das kämpfende Proletariat ist entschieden im Recht, die spießbürgerliche „Kunst für die Kunst“ dekadenter Ästhetiker zurückzuweisen. Es kann, es muß die künstlerisch gestaltete Tendenz ehren, denn Tendenz ist Inhalt, ist Idee. Aber es darf sich nicht mit einer rohen Asterkunst abspießen lassen, auch wenn diese die Idee des proletarischen Befreiungskampfes wiederzugeben versucht. Wir wollen die Proletarier hinaufführen zu den Höhen der Kunst. Sie sollen sich an all dem Schönen und Edlen erfreuen, das die Künstler aller Zeiten und Völker hervorgebracht haben. Sie sollen alles meiden und gering werten, was nach Asterkunst, nach geschäftlicher Machte aussieht. Machwerke sind und bleiben aber die Kinodramen, mögen sie zehnmal von den besten Schauspielern nach Werken der berühmtesten Dichter gestellt sein, mögen sie auch den Zielen unserer Bewegung dienen wollen. Wir können nur wünschen, daß das Kino seiner wahren Aufgabe immer mehr gerecht werde: ein Mittel der Aufklärung zu sein. Darauf haben wir hinzuwirken. Daneben muß unser Bestreben dahin gehen, den Hunger nach wahrer Kunst in den Proletariern und Proletarierinnen immer mehr zu wecken. Darum müssen wir dafür Sorge tragen, daß überall Volkstheater entstehen, die auch den Minderbemittelten Gelegenheit geben, häufiger gute Schauspiele und Opern

zu sehen und zu hören; daß billige Konzerte und Vortragsabende eingerichtet werden; daß Kunsthallen und Gemäldesammlungen auch geöffnet sind zu einer Zeit, die den Proletariern paßt; daß gute Bücher in immer weitere Kreise dringen. Je mehr wir solche Bestrebungen fördern, um so mehr Männer und Frauen machen wir dem verderblichen Filmschund abipenstig und gebieten damit der gegenwärtig grassierenden Kinoseuche Einhalt. Das aber ist not.

R o l a n d.

Textilarbeiterelend.

Wer von der Lage der Textilarbeiterschaft redet, der muß unvermeidlich von Elend reden. Es ist das hervorsteckendste Merkmal ihrer Lage. In der Textilindustrie hat das ausbeutende Kapital sich lange ungezügelt auf die Menschen stürzen und ganze Geschlechter seinem Profit hunger opfern können. Und die Schranken, die die Gesetzgebung heute seinem Wüten zieht, sind bei weitem nicht hoch und stark genug. Man muß immer der Tatsache eingedenk bleiben, daß die technische Entwicklung, die Vervollkommnung der Arbeitsmittel und Arbeitsverfahren gerade in der Textilindustrie die Verwendung der widerstandschwächsten Proletarier ermöglicht. Hier ist ein Dorado — ein Goldland — für die Ausbeutung von Frauen, Jugendlichen, Kinder, weltfremder, an die Scholle gefesselter Landbewohner, von Ausländern, die an eine niedrige Lebenshaltung gewöhnt, womöglich der Sprache unfundig und so gut wie vogelfrei in die Hand ihrer „Herren“ gegeben sind. Die Folge von dem allem muß sein, daß die gewerkschaftliche Organisation der Textilarbeiterschaft sich nur langsam, unter großen Schwierigkeiten entwickeln konnte, und daß sie unter außerordentlich harten Bedingungen den Kampf gegen das Elend führen muß. Wie notwendig und wertvoll das Wirken des Verbandes ist, das tritt hell hervor, wenn man durch irgend einen Bezirk der Textilindustrie wandert und dort die Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats kennen lernt. Eindringlich reden dann die Verhältnisse von Kummer, Sorge und Not.

Elendsbilder waren es zumeist, die an der Unterzeichneten bei einer längeren Agitationstour vorüberzogen, die sie in den beiden Gauen Sachsen-Erzgebirge und Thüringen des Deutschen Textilarbeiterverbandes unternahm und die der Propaganda für den freien Sonnabendnachmittag galt. Versammlungen fanden statt in den Orten Münchberg, Böhneck, Neustadt a. Orla, Triebes, Zeulenroda, Reichenbach, Fraureuth, Weidau, Ronneburg, Meerane, Altenburg, Weida, Crimmitschau, Gera, Zwöhen, Glauchau, Gößnitz und Jahnitz. Drikt die Teuerung schon schwer auf die erwerbstätige Bevölkerung der Großstädte, so ist sie zur unerträglichen Pein, zur Hungersnot für das Proletariat in den Gebieten des Textilgewerbes geworden. Fleisch, Wurst und Butter sind für die Textilarbeiterschaft Sachsens und Thüringens seltene Leckerbissen. Kaum einmal wöchentlich kommt Fleisch auf ihren Tisch, und dann ist's meist Pferdefleisch. „Für 5 Pf. Pferdeknochen, ein bißchen Rindstalg und für 10 Pf. Gräupchen, das gibt eine gute Suppe für uns viere auf zwei Tage.“ sagte mir eine junge Weberin. Sie ging mit ihrem Manne täglich in die Fabrik; die Kinder im Alter von drei und sieben Jahren blieben sich den Tag über allein überlassen. „Wir haben sieben Kinder, die alle noch zur Schule gehen. Mein Mann verdient nicht schlecht, 36 Mk. vierzehntägig. Bei den vielen Kindern kann ich nicht in die Fabrik gehen, aber ich muß verdienen, sonst reicht es weder hinten noch vorn. Ich nähe zu Hause Unterhosen. Ich selbst muß sie einrichten und den Flor (Faden) zum Nähen dazu geben. Das macht eine Ausgabe von 50 Pf. monatlich. Für das Nähen eines Dutzend Unterhosen gibt es 70 Pf., wenn ich mich recht daranhalte, so schaffe ich in der Woche sechs Dutzend.“ So erzählte mir eine Frau im Erzgebirge.

Hunderte anderer Proletarierinnen hätten das gleiche berichten können. Um die Niedrigkeit der Entlohnung ganz zu erfassen, darf man nicht vergessen, daß beim Abholen und Abliefern der Arbeit ein paar Stunden auf beschwerlichen Wegen verloren gehen. Überhaupt haben im Erzgebirge und in Thüringen viele Arbeiter und Arbeiterinnen täglich drei Stunden und mehr zwischen Wohn- und Fabrikort zurückzulegen. Durchaus nicht immer ist Fahrgelegenheit vorhanden.

Damit sie die Proletarier allein und unbeschränkt ausbeuten können, kaufen die Textilunternehmer allen unbauten Grund und Boden in ihrer Gegend auf. Dadurch verhindern sie, daß sich andere Gewerbe niederlassen, die ihnen die Arbeitskräfte abspenstig machen könnten, so daß sie gezwungen wären, höhere Löhne zu zahlen. So bleibt der Arbeiter und seine Familie ganz in der Hand dieser Herren: „früß Vogel oder stirb!“ Noch ungünstiger gestalten sich die Lebensverhältnisse der Textilarbeiter im Erzgebirge dadurch, daß der Boden dort wenig ertragsfähig ist. Das Getreide reift spät und kärglich, und in diesem Spätsommer lag es infolge des anhaltenden Regens zum großen Teil verfault auf dem Felde. Die Kartoffel ist die Hauptfrucht und auch das Hauptnahrungsmittel. Sie muß das Brot ersetzen und erst recht das Fleisch. Das gehört zum Luxus. „Nächste Woche können wir uns wieder einmal ein Pfund Fleisch kaufen. Der Rostschlächter hat ein Pferd billig eingehandelt. Seit bald drei Wochen war kein Fleisch mehr in unserem Dorfe zu haben.“ Das hörte ich in einem Orte. Auf meine Frage: „Was eßt ihr denn alle Tage?“ wurde mir dort und anderwärts zur Antwort: In der Frühe trocken Brot und schwarzen Kaffee, ohne Zucker, der ist zu teuer. Mittags Kartoffeln mit Salz oder Reis in Wasser, auch mal in Milch gekocht. Abends Kartoffeln mit Salz, trocken Brot, Kaffee. Kartoffeln mit Quark oder Leinöl gelten schon für Lederbissen, ebenso ist Hering mit Pellkartoffeln ein geschätztes Gericht. Es werden wohl auch Heringe und Kartoffeln in Hindstalg gebaden.

Wo die Lebenshaltung schon weit besser ist, spielt Kaninchenfleisch eine große Rolle für den Arbeiterhaushalt. Manche Familie züchtet selbst ihre „Stallhazen“, aber auch die gewerbsmäßige Kaninchenzucht sieht in Blüte. In Meerane sah ich Sonnabends auf dem Wochenmarkt, daß die Fleischstände nur äußerst spärliche Vorräte führten, dagegen hatte ein Kanincheneschlächter seine Ware zu Hunderten aufgehäuft, abgezogen kostete das Stück 1,10 Mk. Sein Verkaufstand war die ganze Zeit über umlagert. Auf einer Eisenbahnfahrt zwischen Weida und Reichenbach wurde mir eine Weberfamilie mit neun Kindern gezeigt, von denen nur zwei erwachsen waren. „Die ist aus meiner Heimat“, sagte mir ein Mitreisender. „Sie zieht nach Blauen, wo der Verdienst besser sein soll. In diesem Sommer hat der Mann 61 Katzen geschlachtet, die er gefangen hat oder die ihm zugetrieben worden sind. In unserem Dorfe hungern die Leute, daß es einen Stein erbarmen könnte.“ Natürlich konnte ich diese Erzählung nicht nachprüfen wie meine anderen Angaben. Mag aber auch die Zahl der verpeisten Katzen geringer sein, als man mir sagte, so kann die Tatsache nicht bestritten werden, daß oft genug Katzenbraten auf den Tisch der fleischhungrigen Textilproletarier kommt. Wie müssen es die Fronenden und Entbehrenden empfinden, wenn Seite an Seite mit ihrer Not gewaltige Fabrikgebäude, prächtige Villen in lachenden Gärten entstehen, wenn sie die paar Mark in ihrer Lohntüte mit den Dividenden vergleichen, die die Spinnereien und Webereien ausschütten? Klassengegensatz und Klassenausbeutung tritt nackt vor ihre Augen.

Die jämmerliche Lebenshaltung ist natürlich die unausbleibliche Folge der schäbigen Entlohnung. Von anderen Umständen abgesehen, auf die schon hingewiesen worden ist, trägt zu dieser auch bei, daß in der Textilindustrie eine sehr verwinkelte Arbeitsteilung herrscht. Dadurch wird in manchen Branchen eine einheitliche, tarifmäßige Lohnregelung sehr

erschwert und zugleich der Willkür der Arbeitgeber bei der Lohnfestsetzung und Lohnzahlung Tür und Tor geöffnet. Unglaublich niedrige Lohnsätze sind die Folge. In Sainichen bei Chemnitz verdienen zum Beispiel Teppichweberinnen 5 bis 8 Mk. in der Woche, selten mehr. In Gelenau wird fürs Ketteln der Strümpfe per Duzend Paar — 24 Stück — 8 Pf. gezahlt, der Wochenverdienst beträgt 5 bis 8 Mk. In fast jeder Familie sieht man dort Kinder jeden Alters beim Aufstoßen oder sogar schon beim Ketteln beschäftigt. Für die Firma Lohse & Schuber in Dittersdorf fertigen Heimarbeiterinnen Perlfrauzen an, das Stück von 10 Meter zu 1,50 Mk. Nur sehr geübte können in zwei Tagen ein Stück herstellen. Kinder erhalten bei der gleichen Arbeit 1 bis 1,20 Mk. für das Stück.

In der Filzfabrik in Dittersdorf, die jährlich 20 Prozent Dividende verteilt, verdienen die Arbeiter in der Stunde 28 bis 30 Pf. Hier herrscht noch die elfstündige Arbeitszeit, und sehr oft muß nachts geschafft werden. Die Arbeiter müssen stets im Massen tätig sein, so daß Rheumatismus und Erkrankungen der Atmungsorgane unter ihnen sehr verbreitet sind. Die mit scharfen Chemikalien und Giften versetzten Flüssigkeiten, in denen der Filz verarbeitet wird, sind sehr verderblich für die Kleider, die rasch abgenutzt werden. Natürlich sind die Flüssigkeiten auch äußerst gefährlich für die Haut. In dem Betrieb arbeiten Leute, die bis drei Stunden davon entfernt wohnen. In der Strumpffabrik Pischopau gibt es für die Anfertigung eines Duzend Paar Fußlängen $9\frac{1}{2}$ Pf., wenn 350 Duzend in vierzehn Tagen geschafft werden. Um aber das letzte Fünftel Kraft und Eifer aus den Lohnflaven herauszuquetschen, wird bei höherer Leistung eine „Prämie“ gewährt. Von 400 Duzend ab, die in vierzehn Tagen fertig gebracht werden, beträgt der Lohn pro Duzend $10\frac{1}{2}$ Pf. Nur sehr schwer und bei den höchsten Anstrengungen können die Arbeiter die „Prämie“ verdienen. Um ja keine Sekunde ungenutzt verstreichen zu lassen, arbeiten sich häufig Arbeiter an zwei Maschinen in die Hand. Der vierzehntägige Verdienst für Männer beträgt 30 bis 40 Mark, für Frauen 18 bis 22 Mk. Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen verbrauchen davon 3,90 Mk. für Fahrgehalt, und 3 bis 4 Mk. müssen häufig für zerbrochene Nadeln in Abzug gebracht werden. In Krumhermersdorf, wo die Strumpffabrikation zu Hause ist, erhalten Arbeiterinnen in der Woche 6 Mk. als Anfangslohn, der langsam bis auf 10 bis 11 Mk. höchstens steigt.

8000 bis 9000 Arbeiter und Arbeiterinnen beutet das Textilkapital in Limbach i. S. aus. Hier werden fast ausschließlich Trikotagen angefertigt: Unterwäsche, Turntrikots und Handschuhe. Die Heimarbeit steht im Schwange. Zur feststehenden, geradezu heiligen Sitte ist es geworden, daß der § 137a der Gewerbeordnung übertreten wird, der verbietet, Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebs mitzugeben, wenn sie in diesem zehn Stunden beschäftigt waren. Unter den Augen der Polizei werden täglich große Pakete unfertiger Arbeit aus den Fabriken nach Hause geschleppt. Die Gewerbeinspektion scheint an dieser systematischen Verletzung der Gewerbeordnung keinen Anstoß zu nehmen oder sie ist machtlos, ihr zu wehren. Denn wiederholt wurden ihr von der Geschäftsleitung des Textilarbeiterverbandes hierüber Anzeigen gemacht, ohne daß dieser ungesetzliche Brauch abgestellt worden wäre. Die Firma Konrad Friedemann versucht die Frage der Arbeiterinnennot für sich dadurch zu lösen, daß sie in ihrer Fabrik ein Mädchenheim errichtet hat. Hier sind 300 bis 400 junge Arbeiterinnen aus den umliegenden Dörfern des Erzgebirges untergebracht. Ein eigenes Konjunkturgeschäft liefert den „Beschirnten“ alles, was sie für ihren Unterhalt bedürfen. Auf diese Weise hält die Firma jeden Einfluß der klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren Lohnflavinnen fern. Am Sonnabend, sofort nach Arbeitsluß, fahren die Mädchen in ihre Heimat, um Montags in der Frühe ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Es hält aber auch sehr schwer, dem Verband die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen zuzuführen, die zu Hunderten aus den umliegenden Dörfern in Limbach dem Verdienst nachgehen. Da die meisten von ihnen einen Felsen Land ihr eigen nennen, der nach des Tages Fron in der Fabrik den Rest ihrer Arbeitskraft auffaßt, so fühlen sie sich nicht als Lohnarbeiter. Sie sehen nicht, daß sie die gleichen Interessen wie ihre landlosen Brüder in der Stadt haben, und sie halten sich deren Kämpfen fern.

Ähnlich liegen die Dinge auch in anderen Gebieten der Textilindustrie, wo sich das Kapital eine halb- oder viertelbäuerliche Bevölkerung zins- und tributpflichtig machen kann. Auf diese Verhältnisse ist auch zum großen Teil die Rückständigkeit solcher Schichten der Textilarbeiterschaft zurückzuführen, ihr schwach entwickeltes Klassenbewußtsein, ihr oft noch vollständig mangelndes Verantwortungs- und Solidaritätsgefühl. Ungemein erschwert wird die Agitation auch durch den Umstand, daß 52 Prozent der gesamten Textilarbeiterschaft Frauen und Mädchen sind, die infolge ihrer oft doppelten und dreifachen Fron im Daseinskampf kaum noch die Möglichkeit haben, sich an den Bestrebungen ihrer Arbeitsbrüder zu beteiligen. Durch die ewige Plackerei fast stumpf geworden, beugen sich viele von ihnen gedankenlos unter das Joch des täglichen Einerleis, in das nicht einmal der Sonntag eine Abwechslung und ein wenig Sonnenschein bringt. Daher kommt der Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit, ganz besonders aber für die der Textilarbeiterin die größte Bedeutung zu. Der Kampf für diese Forderung ist dem Textilarbeiterverband oberstes Gesetz. Zeit gewonnen, alles gewonnen! Erst wenn die Arbeiterin Zeit gewinnt, über sich und ihr Elend nachzudenken, erst dann wird sie weiteren Erkenntnissen zugänglich sein, wird sie in Massen zum Kampfe für ihr Recht auf den Plan treten. Es ist daher ein erfreuliches Zeichen, daß dem nächsten Kampfziel des Verbandes: Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Textilarbeiterinnen überall ein sehr starkes und nachhaltiges Interesse entgegengebracht wurde. Indem die Feuerung das übliche Maß des Textilarbeiterelends zum Überlaufen bringt, predigt sie auch den Geduldigen und Stumpfen die Notwendigkeit zu kämpfen und sich für den Kampf zu rüsten. Und die gehäuften Bürde der Not muß die Blicke der Mühseligsten und Beladesten unter allen Proletariern über alle möglichen Verbesserungen in der bürgerlichen Gesellschaft hinaus auf das leuchtende Zukunftsziel des Sozialismus lenken. Unter Jammer und Entbehrungen keimt die Hoffnung, der Wille zur Tat. *Helene Brandenburg.*

Die Genossinnen der Vereinigten Staaten von Nordamerika an die Genossinnen aller Länder.

Die sozialistischen Frauen der Vereinigten Staaten entbieten den Genossinnen aller Länder ihren solidarischen Gruß. Sie wissen, daß ein gemeinsames Ziel und Streben sie alle fest miteinander verknüpft, und glauben darum zuversichtlich, daß ihr Aufruf zu einer gemeinsamen Kundgebung nicht unbeachtet bleiben wird.

Vor fünf Jahren veranstalteten die Sozialisten in den Vereinigten Staaten zum ersten Male einen nationalen Frauentag. Der Zweck dieser Veranstaltung war:

Erstens Propaganda für das Frauenstimmrecht.

Zweitens Erläuterung des sozialistischen Standpunktes in der Frauenfrage.

Drittens sozialistische Agitation in weiteren Kreisen der weiblichen Bevölkerung.

Die Idee fand allgemeinen Beifall, und schon das erste Mal wurden im ganzen Lande gut besuchte, anregende Versammlungen abgehalten. Seitdem ist der letzte Sonntag im Februar der jährliche sozialistische Frauentag in der nordamerikanischen Union gewesen. In jedem Jahre werden an diesem Tage von den Neuenglandstaaten bis an die Küste des Stillen Ozeans, von der kanadischen Grenze bis an den Golf

von Mexiko sozialistische Frauenversammlungen abgehalten. So zahlreich sind diese Versammlungen, daß kaum genug Rednerinnen und Redner vorhanden sind, um alle Ansprüche zu befriedigen. Dabei werden stets Tausende von sozialistischen Flugschriften verteilt und Tausende von Exemplaren sozialistischer Zeitungen verkauft, die an diesem Tage gewöhnlich eine besondere Agitationsnummer herausgeben. So erfolgreich ist unser nationaler Frauentag, daß wir den Genossinnen aller Länder nur dringend raten können, unserem Beispiel zu folgen.

Auf der letzten Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen zu Kopenhagen 1910 ging von Genossin Klara Zetkin die Anregung aus, das zu tun und in allen Ländern jedes Jahr einen sozialistischen Frauentag abzuhalten. Das wurde denn auch beschlossen. Es haben in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Holland, Dänemark ähnliche Veranstaltungen stattgefunden, aber sie waren insofern keine einheitlichen, als sie nicht in allen diesen Ländern am gleichen Tage abgehalten wurden. Dadurch wurde der internationale Charakter der Demonstration beeinträchtigt.

Die sozialistischen Frauen der Vereinigten Staaten fordern nun hiermit die Genossinnen aller Länder auf, alljährlich am letzten Sonntag im Februar einen internationalen sozialistischen Frauentag zu veranstalten. An ein und demselben Tage sollen die Sozialisten aller Länder die Frauen als gleichberechtigte Kampfgenossinnen ehren und sollen für die politische Befreiung des weiblichen Geschlechts demonstrieren, und das im Zusammenhang mit dem Kampfe um wirtschaftliche Befreiung. Wir hegen die Überzeugung, daß der Frauentag als internationaler sozialistischer Feiertag im Laufe der Zeit eine ähnliche Bedeutung erlangen wird wie der erste Mai, und daß er vielleicht noch in späteren Zeiten den Proletarierinnen aller Länder ein Gedenktag ihrer Befreiung sein wird.

Im Auftrag des nationalen Frauentomitees der „Socialist Party“
Meta L. Stern, ausländische Korrespondentin.

Wir stimmen mit den Genossinnen der Vereinigten Staaten ganz in der Überzeugung überein, daß der sozialistische Frauentag den internationalen Charakter der proletarischen Frauenbewegung stark und rein zum Ausdruck bringen muß. Wer vermöchte die zündende Kraft des internationalen sozialistischen Gedankens, der internationalen Willenskundgebung zu unterschätzen, während noch die Wirkung der gewaltigen Friedensdemonstration des internationalen Sozialismus zu Basel belebend durch die proletarischen Massen aller Länder flutet? Es ist auch kein Zweifel, daß ein einheitliches Datum des Frauentags in allen Staaten den internationalen Charakter unserer Bewegung und ihrer Forderungen unterstreichen würde. Die Genossinnen in Europa haben diese Einheitlichkeit stets als ein Ziel betrachtet, aufs innigste zu wünschen. Soweit es irgend möglich war, haben sie ihre Kundgebung an ein und demselben Tage veranstaltet. So demonstrierten im letzten Jahre die Genossinnen in Deutschland, Österreich und Holland an dem gleichen Datum. Es sind bereits Verhandlungen im Gange, daß 1913 die sozialistische Frauenkundgebung möglichst auf den nämlichen Tag fällt.

Allein auch heute noch sind betreffs des Datums und der festen Bindung die Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend, die in Kopenhagen davon absehen ließen, ein für allemal einen einheitlichen und bestimmten Tag für die Demonstration festzulegen. Soll diese von der ganzen und freudig eingesetzten Kraft der politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletarier getragen werden, soll sie die breitesten Massen umfassen und ihnen aus dem Geiste des internationalen Sozialismus heraus die Forderung der politischen Gleichberechtigung, der vollen sozialen und menschlichen Befreiung des weiblichen Geschlechts zu eigen werden lassen: so müssen die zuständigen Organisationen in den einzelnen Ländern Bewegungsfreiheit bei der Festsetzung des Datums haben. Die sozialistische Frauenbewegung ist gerade in den Ländern, wo sie die stärkste Entwicklung aufweist — in Deutschland und Österreich — der allgemeinen sozialistischen Bewegung so fest eingegliedert, daß

intensiv an allen ihren Arbeiten und Kämpfen beteiligt, daß das Datum jedes Jahr nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation und ihrer Aufgaben für die Genossinnen und Genossen gewählt werden kann. In der Folge wird die äußere internationale Einheitlichkeit der Frauentage leider nicht immer zu erzielen sein. Gerade aber, weil dem so ist, müssen die Genossinnen aller Länder um so ernster bestrebt sein, die innere internationale Einheitlichkeit der Kundgebung festzuhalten. Der Frauentag muß es den Massen ins Bewußtsein hämmern, daß die sozialistischen Proletarier aller Länder, ohne Unterschied des Geschlechts, mit den Forderungen des Frauentags einer Erkenntnis und eines Willens sind.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Wahlkreis Hanau-Bochenheim-Gelnhausen-Orb fanden vor Weihnachten eine größere Anzahl öffentlicher Versammlungen statt, die in erster Linie der Aufklärung und Weiterbildung unter den Frauen dienten. Genossin Baumann-Hamburg behandelte in 27 Orten die Teuerung und die Gefahren eines Weltkriegs. Das aktuelle Thema, das von der Referentin in einem gut aufgebauten, beschreibenden Vortrag erörtert wurde, fand in Stadt und Land eine dankbare Zuhörerschaft. Die Frauen sehen mehr und mehr ein, daß es ihre Sache ist, um die es sich handelt. Die Teuerung drückt die werktätige Bevölkerung in steigendem Maße, und die Frauen sind es, die sich im Haushalt in erster Linie damit abfinden müssen. Der bitteren Lehre dieser Tatsachen können sich auch die Indifferenten auf die Dauer nicht entziehen. Ähnlich liegt es mit den Gefahren des Weltkriegs. Die Greuel eines Krieges, wie sie jüngst der Balkan gesehen hat, müssen Frauen und Männer in gleicher Weise aufpeitschen, alle proletarischen Kräfte zusammenzufassen, um den Kriegshebern entgegenzuwirken. Der Aufruf der Internationale muß von Basel aus seinen Weg in die Hütte der letzten Arbeiterfamilie finden. In allen Versammlungen, in denen Genossin Baumann mit beredten Worten diese Gesichtspunkte zum Ausdruck brachte, fand die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege jubelnde Zustimmung. Das gleiche gute Ergebnis hatten die zwei Versammlungen, in denen Genossin Ott-Bochenheim wirksam über das nämliche Thema sprach. Der Erfolg der Versammlungen ist von zwei Seiten aus zu bewerten. Er brachte der Organisation rund hundert neue Mitglieder. Diese Zahl dürfte höher sein, doch muß beachtet werden, daß der Kreis seit Jahren systematisch beackert wird, daß in jedem Halbjahr eine längere Agitationstour für die Aufklärung der Frauen stattfindet und daß demzufolge heute nicht mehr wie im Anfang Massenaufnahmen erfolgen können. Doch mit der Entwicklung unserer Organisation soll auch die Vertiefung und Festigung unserer Anschauungen unter den Massen gleichen Schritt halten. Dazu beizutragen, sind die öffentlichen Versammlungen mit berufen. Natürlich nicht sie allein. Im Gegenteil. In allen Orten muß eine stete und systematische Bildungsarbeit einsehen. Die Lesebände für Frauen und Mädchen müssen zu einer dauernden Einrichtung für die Weiterbildung der Proletarierinnen werden. Die systematische Bildungsarbeit wird naturgemäß in einem überwiegend ländlichen Wahlkreis erschwert, wie es der unserer ist. In städtischen Wahlkreisen wohnen die weiblichen Mitglieder mehr oder weniger nahe beisammen, dagegen verteilen sich z. B. in unserem Bezirk die weiblichen Mitglieder auf 41 Ortschaften. Große Mittel und ein starker Kräfteaufwand sind notwendig, um trotz dieser Umstände das Ziel zu erreichen. Doch alle Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, wenn die Genossinnen und Genossen in Stadt und Land mit vereinten Kräften wirken. Das zeigt uns die Entwicklung der Gesamtpartei und ebenso das Steigen der Mitgliederzahl im eigenen Kreise. Konnten wir doch am 1. Januar 1909 nur 177 weibliche Mitglieder in fünf Orten des Wahlkreises verzeichnen, so hatten wir am 1. Juli 1910 bereits in 34 Orten 1138, und zurzeit zählen wir rund 1650 organisierte Genossinnen, die sich auf 41 Orte verteilen. Nähe Ausdauer, einiges Zusammenarbeiten und stete Propaganda für unsere Grundanschauungen und Forderungen werden uns auch in Zukunft den Erfolg verbürgen.

Im 18., 22. und 23. sächsischen Wahlkreise sprach die Unterzeichnete in einer Reihe von Versammlungen über „die Teuerung und die Aufgaben der Frauen“. Die Versammlungen fanden in folgenden Orten statt: Ober-Planitz, Crimmitschau, Friedrichsgrün, Reinsdorf, Lauterbach, Raschau, Voigtsberg, Mhlau,

Plauen, Rotschau, Haslau, Großrießen, Neundorf, Schrau, Oberlosa, Pausa, Mühltröpp, Schöneck, Adorf, Marktneulirchen, Klingenthal, Kürbis und Treuen. Der Besuch ließ im allgemeinen zu wünschen übrig. Doch waren die Frauen erfreulicherweise in allen Versammlungen verhältnismäßig stark vertreten, in einigen waren überhaupt nur Frauen anwesend. In manchen Orten herrschte ein sehr guter Geist unter den Proletarierinnen, so zum Beispiel in Reinsdorf, wo bis zu dem verlorenen Bergarbeiterstreik die Frauen um ein Drittel stärker in der politischen Organisation vertreten waren als die Männer. Das kleine Dorf Raschau bei Elsnitz hatte eine sehr gute Versammlung; 16 Frauen wurden hier für die Partei gewonnen. Ebenso waren in Mhlau, Plauen, Voigtsberg, Schrau und Oberlosa recht gute Erfolge zu verzeichnen. In Oberlosa, einem Dorf bei Plauen, dessen weibliche Einwohnerschaft beinahe ganz in der Spitzenindustrie beschäftigt ist, mußte die Versammlung in einem ungeheizten Saal stattfinden. Trotz der Kälte hielten sämtliche Frauen bis zum Schluß aus, und 27 von ihnen folgten unserer Aufforderung, der Partei beizutreten. In Schrau fand zum ersten Male eine Frauenversammlung statt. Die Verhöhnungen der Spießer nebenan im Gastzimmer, die rohe Wiße rissen, hielten die Proletarierinnen nicht ab, sich politische Aufklärung zu holen. Die „Gebildeten“ am Stammtisch machten schließlich einen solchen Lärm, daß wir die Versammlung unterbrechen mußten, um die Herren zur Ruhe zu verweisen. Die Wut der Krämerseelen war begreiflich, waren doch die Genossen in Schrau daran, eine Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft einzurichten. Es wurden in diesem Ort die ersten 12 Frauen für unsere Sache geworben. Daß die Versammlungen im allgemeinen nicht besser besucht waren, kann nicht überraschen. Es handelte sich vorwiegend um Dörfer, deren Frauen und Mädchen in der Textil- und Spitzenindustrie der größeren Städte arbeiten. Die meisten von diesen Proletarierinnen haben früh und abends einen langen Weg zurückzulegen. Es ist in diesen Gegenden gar nicht selten, daß Arbeiterinnen, wenn Überstunden gemacht werden müssen, 12 Stunden in der Fabrik fronden und zweimal am Tag einen zweistündigen Weg zurücklegen. Es bleiben ihnen also nur noch 8 Stunden für alle häuslichen Verrichtungen und für die notwendige Ruhe. Daß bei solch abgebeizten Frauen keine große Neigung für Versammlungsbesuch vorhanden ist, kann man verstehen. „Die ganze Woche können wir uns kein Essen kochen, und wenn wir Sonntags wirklich Geloches haben, so schmeckt es nicht, weil der Magen nicht daran gewöhnt ist,“ so klagten die Proletarierinnen, die mit der Unterzeichneten von Zwickau nach Planitz wanderten. Kein Wunder! Diese Sklavinnen des Kapitals müssen werktags früh und abends je 2 Stunden laufen, bis Verdau und Crimmitschau, wo sie in den Textilfabriken für erbärmliche Löhne schuften. Es bedarf auch im hochindustriellen Sachsen noch vieler Aufklärungsarbeit, bis alle Proletarierinnen solche Zustände als menschenwürdig empfinden und gegen sie ankämpfen. In allen Versammlungen folgten die Frauen dem Vortrage mit großer Aufmerksamkeit. Besonders lebhaftes Interesse brachten sie den Ausführungen entgegen, wie sie sich politisch betätigen und schulen könnten. Hoffen wir, daß sie die gegebenen Anregungen zur Tat werden lassen. Die Partei gewann über 180 neue Mitkämpferinnen, ebenso wurden der Gleichheit Leserinnein zugeführt.

Agitation in Südbayern. Aber „Wirtschaftsleben und Frauenfrage“ sprach die Unterzeichnete Ende November in Rosenheim, Hammerau bei Bad Reichenhall und München in Volks- und Frauenversammlungen und in Versammlungen der Metallarbeiter und der Buch- und Steindruckhilfsarbeiterinnen. Die Versammlungen waren durchgehend gut besucht. In Hammerau war der Versammlungsraum gedrückt voll, selbst aus Bad Reichenhall waren Frauen und Mädchen erschienen, die auch in die Diskussion eingriffen. In diesem Orte waren die Behörden vor und in der Versammlung bestrebt, den Humor auch im politischen Kampfe zum Rechte kommen zu lassen. Die Abstempelung der Versammlungsplakate verweigerten sie mit der Bemerkung, „die Sozialtaugen a so nix.“ Als sie darauf hingewiesen wurden, daß diese Begründung doch nicht ganz hinlänglich sei, und die Weigerung zu rechtfertigen, erhielten wir die schriftliche Aufforderung: „Auf Verlangen des Bezirksamtes sollen Sie die Plakate zum beständigen bringen.“ In der Versammlung erschien dann der Herr Bürgermeister in höchst eigener Person mit dem Gendarmeriewachtmeister in Zivil, um die „Sozi“ zu überwachen. Er machte kein wenig erlautete Gesicht, als er hören mußte, daß es Bürgermeister gäbe, die mit eingegriffen hätten, um dem Volke billigere Lebensmittel zu verschaffen. Nicht dulden aber konnte der Bürgermeister es, daß die

Wochener Madonnenangelegenheit als Kulturschande bezeichnet wurde. Er fuhr in die Höhe und schrie dem Versammlungsleiter zu: „Wenn nicht anders gesprochen wird, schließe ich die Versammlung.“ Ein lautes Gelächter war die Antwort auf diese Drohung, die kein Mensch ernst nahm. Der Bürgermeister setzte sich auch ruhig wieder, um aufmerksam bis zum Schluß zuzuhören. Nach der Versammlung ließ er sich sogar mit den Frauen in eine anregende Erörterung über die Frauenfrage ein. In der Diskussion brachte ein Bauer und Zentrumsanhänger viel wirres Zeug gegen die Frauenbewegung vor. Er mußte sich zum Schluß belehren lassen, daß alles, was er aus den Zentrumsstraktäthen abgelesen habe, sich auf die englischen Suffragetten beziehe, mit deren Kampfmitteln die sozialistischen Frauen nichts gemein hätten. Der unmittelbare Erfolg der Versammlungen bestand in der Gewinnung neuer Mitglieder für Partei und Gewerkschaften und von Lesern für die Parteipresse.

Helene Grünberg.

Jahresbericht über die Tätigkeit der Genossinnen im Wahlkreis Dortmund-Börde. Die proletarische Frauenbewegung macht auch gute Fortschritte in unserem Rieswahlkreis mit seinen 68 örtlichen Filialen. Ihre Entwicklung kommt unter anderem darin zum Ausdruck, daß dem Vorstand sehr vieler dieser Filialen Genossinnen angehören. Im letzten Geschäftsjahr bezifferte sich die Zahl der organisierten Genossinnen im ganzen Wahlkreis auf 1712 bei einer Mitgliederzahl von insgesamt 9304. Von den 530 Frauen und Mädchen, die in diesem Zeitraum der sozialdemokratischen Partei beigetreten waren, sind ihr nur 231 geblieben. Der Abstand erklärt sich durch die außerordentlich starke Fluktuation der Werttätigen in unserem Kreise. Die Arbeitsgelegenheit bringt ständig einen Zuzug von Proletariern, und die Schwere der Arbeitsbedingungen, des Existenzkampfes treibt ebenso dauernd wieder Tausende und Tausende weiter. Auch der männliche Mitgliederstand der Parteiorganisation läßt das erkennen. Daß die organisierten Genossinnen immer besser mit der Partei arbeiten und kämpfen lernen, hat ihre Betätigung bewiesen. Sie hat sich auf alles erstreckt, was das Leben der Parteiorganisation berührte und ihr Arbeit brachte. Wir heben davon nur hervor, daß die Genossinnen bei den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen im Kreise tapfer mitgeholfen haben, und daß auch ihnen ein Blatt aus dem Lorbeerkranz gebührt, den die deutsche Arbeiterklasse bei den Reichstagswahlen errungen hat. Sie waren wahrhaftig nicht die Letzten und die Läßigsten, als es für den Sieg der Sozialdemokratie im Wahlkreis tätig zu sein galt. Der Frauentag war leider nicht das, was er in einem so großen proletarischen Bezirk sein sollte, wo die Verhältnisse den Arbeiterfrauen und Arbeiterinnen geradezu stündlich einpauken, wie wichtig der Besitz politischer Rechte ist. Es stimmt gewiß, was zur Erklärung gesagt wurde: der sieglose Bergarbeiterstreik hatte viele entmutigt. Aber hatte er nicht auch gezeigt, wie hart und steinig der Boden noch ist, den es urbar zu machen gilt, und daß der Gedanke von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, emporzusprossen vermag? Die Streikbrecherdienste der schwarzen Gewerkschaften, dieser Schutztruppen des Zentrums, waren eine dringende Aufforderung zur unablässigen Aufklärungsarbeit unter den frohden Massen. Daher hätte auch trotz allem der Frauentag als eine vorzügliche Gelegenheit zu solcher Arbeit unter den proletarischen Frauen noch besser genutzt werden müssen. Wenn uns da zu wünschen übrig geblieben ist, so lag das wohl namentlich mit daran, daß es bisher im Kreise an der notwendigen Verbindung zwischen den Genossinnen in der Großstadt und denen in den kleineren Orten gefehlt hat. Dem Mangel wird nun abgeholfen werden. Auf der letzten Generalversammlung der Kreisorganisation wurde von den Genossinnen folgender Antrag gestellt: „Um die Agitation unter den Frauen zu fördern, hat allvierteljährlich eine Zusammenkunft der in den Vorständen tätigen Genossinnen stattzufinden.“ Dieser Antrag fand Annahme, und die Genossinnen werden es an eifrigen Bemühungen nicht fehlen lassen, diese Zusammenkünfte ihrem Zwecke voll nutzbar zu machen. Sie hoffen daher auch, daß der nächste Frauentag sein wird, was er sein soll: ein prächtiger Anlaß, um die uns noch fernstehenden Frauen des Volkes zu unserer Fahne zu rufen, eine Willensstundegebung der geknechteten und entrechteten Proletarierinnen. Die Arbeit der Genossinnen wird von der Überzeugung angespornt, daß sie sich nicht an dem genügen lassen dürfen, was sie schon geschaffen haben. Sie wissen, daß es sich tüchtig rühren und regen heißt, damit auch die letzte gleichgültige Proletarierin ausgerüstet wird. Licht, mehr Licht, das ist die Lösung im dunklen Kohlenrevier. Susanne Kleinath-Försten.

Jahresbericht der Freiburger Genossinnen. Die proletarische Frauenorganisation in Freiburg hat für ihr letztes Tätigkeitsjahr wieder Erfolge zu verzeichnen. Es wurden 70 neue Mitstreiterinnen gewonnen, so daß die Zahl der weiblichen Parteimitglieder

jetzt 185 beträgt. Eine eifrige Agitation bemühte sich, den Frauen die Notwendigkeit und das Ziel des proletarischen Klassenkampfes klarzumachen. Außer 11 Versammlungen für die weiblichen Parteimitglieder fanden 3 öffentliche Frauenversammlungen statt. Der Schulung unserer organisierten Genossinnen dienten 4 Les- und Diskussionsabende. In den Mitgliederversammlungen referierten die Genossen Kräuter, Grumbach, Markloff, Engler, Weizmann, Zumbel und Meier. Genosse Kräuter sprach über „Erziehungsfragen“. Aber die „Schulfrage“ referierte Genosse Grumbach. Genosse Markloff sprach über „Kranken- und Invalidenversicherung“. „Was kann die Frau in der Gemeinde leisten?“ dieses wichtige Thema behandelte Genosse Engler. Genosse Weizmann referierte vor einer dankbaren Zuhörerschaft ernste und heitere Gedichte. Aber „Die soziale Frage“ sprach Genosse Zumbel. Genosse Meier erörterte das Thema: „Die Frau im öffentlichen Leben“. „Die Alkoholfrage“ wurde von einer früheren Lehrerin eingehend behandelt. „Über die Ernährung des Menschen“ sprach ein Arzt, der die schwierige Materie in fesselnder und gemeinverständlicher Weise zu erörtern verstand. Der Mangel an Raum verbietet es, auch nur kurz die große Summe von Belehrung und Anregung zu würdigen, die die Genossinnen allen diesen Vorträgen verdanken. In den drei öffentlichen Frauenversammlungen referierten die Genossinnen Wadwig, Zieh und Genosse Kolb-Karlsruhe, der zu unserem Frauentag über „Die politische Gleichberechtigung der Frauen“ sprach. Diese drei Veranstaltungen waren ausnahmslos gut besucht und brachten uns eine gute Zahl weiblicher Mitglieder, weiteren Zuwachs haben wir durch Hausagitation gewonnen. Der Frauentag in Offenburg und der Wahlkreis-Konferenz wohnte je eine Genossin als Delegierte bei. Eine Genossin wirkte in der Kommission der städtischen Frauenerwerbschule und eine andere in der Kommission der städtischen Armen- und Waisenvogel. Bei der letzten Reichstagswahl sind Genossinnen unter anderem beim Adressenschreiben und beim Schlepperdienst tätig gewesen. Besitzen die Frauen auch nicht das Wahlrecht, so sind sie in den Wahlkämpfen durchaus nicht zur Untätigkeit verdammt. Die Proschüren der Genossin Zieh „Zur Frage des Mutter- und Säuglingschutzes“ und „Die Frauen und der politische Kampf“ wurden an die Genossinnen gratis verteilt. Die sehr gut besuchte Generalversammlung der Frauensektion wählte Genossin Markloff wieder als Vorsitzende, Genossin Spatthelf als Kassiererin, sie berief Genossin Weizmann auf den Posten der Schriftführerin. Beisitzerinnen wurden die Genossinnen Luz und Wiederkehr. Möge es den Genossinnen gelingen, in gemeinsamer Arbeit die proletarische Frauenbewegung in Freiburg zu fördern. Es heißt verdoppelte Kraft einsetzen, damit am Schluß des laufenden Tätigkeitsjahres neue Fortschritte gemeldet werden können. Marie Markloff.

Ferienausflüge für Arbeiterkinder in Bremerhaven. Ferien, welch eine Fülle von Glück birgt dieses Wort in sich. Wieviel Hoffnungen und heimliche Wünsche knüpfen sich daran. Wünsche, die für die Kinder der besitzenden Klassen ohne weiteres in Erfüllung gehen, bei Arbeiterkindern aber meist ungestillt bleiben. Bei Beginn der Ferien sehen wir jene freudestrahlend in Begleitung ihrer Eltern im Auto oder in der Droschke dem Bahnhof zuweilen in froher Erwartung all des Schönen, das ihnen die Ferien bringen sollen. Am Wege stehen aber Proletarierkinder und sehen den vom Glücke Begünstigten sehnsüchtig nach mit dem einen Wunsche im Herzen: auch einmal eine Ferienreise machen zu dürfen, auch einmal mit eigenen Augen all die Schönheiten der Natur zu schauen, die ihnen der Lehrer in so herrlichen Farben geschildert hat. Ferienreisen mit einem Aufenthalt auf dem Lande, an der See oder im Gebirge bedeuten für die Kinder der besitzenden Klassen etwas ganz Selbstverständliches, Proletarierkinder dagegen sehen all diese Herrlichkeiten meist nur im Traume. Nur wenige von ihnen haben die Möglichkeit, ihre schulpflichtigen Wochen in der Ferienkolonie oder bei Verwandten auf dem Lande zu verleiben. Die große Masse kommt auch dann nicht vom Hause fort, nicht aus der Stadt heraus.

In der Erkenntnis, daß gerade die Proletarierjugend der freien Luft, der Bewegung in der freien Natur bedarf, beschloßen die Genossinnen Bremerhavens, für die schulpflichtige Jugend Ferienausflüge zu veranstalten. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Die Zahl der Knaben und Mädchen, die an den Veranstaltungen teilnahmen, schwankte zwischen 100 und 180. Außerdem schlossen sich viele Mütter mit kleineren Kindern an. Die Ausflüge fanden jeden Dienstag statt, sie erstreckten sich auf die nähere Umgebung Bremerhavens. Mittags 2 Uhr setzte sich die Kinderchar

unter der Leitung einiger Genossinnen in Bewegung. Mit fröhlichem Gesang ging es dem Ziele zu, wo zunächst die mitgebrachten Vorräte verzehrt wurden. Und dann wurde gespielt. Die Genossinnen fühlten sich selbst wieder jung, wenn sie mit den Kleinen munter herumtollten. Bescheidene Geschenke, die die hiesige Parteileitung gestiftet hatte, ließen die Augen der Kinder aufleuchten. Und wenn abends beim Scheine bunter Lampions der Heimweg angetreten wurde, ertönte das alte liebe Kinderlied: „Laternen, Laternen, Sonne, Mond und Sterne!“ Willig fügten sich die Kinder stets allen Anordnungen der Leiterinnen. Im ganzen fanden fünf Ausflüge statt, ihnen folgten zwei Spielnachmittage auf einem Spielplatz am Weserdeich, der uns von der hiesigen Stadtverwaltung in anerkennenswerter Weise für die schulfreien Mittwochsnachmittage zur Verfügung gestellt worden ist. Den Schluß unserer Veranstaltungen bildete eine Kramserfahrt in die weitere Umgebung, die den Kindern für einen billigen Preis — 20 Pf. — noch eine besondere Freude bereitete. Mit dem Ergebnis der Ferienausflüge sind die leitenden Genossinnen zufrieden. Hat doch die stetig wachsende Zahl der Teilnehmer gezeigt, daß die hiesige Arbeiterschaft den Wert solcher Veranstaltungen schätzen gelernt hat. Die Ausflüge sind den Kindern eine wohlthuende Abwechslung im täglichen Einerlei gewesen, und sie haben ihnen ein wenig von dem Ferienglück gebracht, das die kleinen Proletarier entbehren müssen. Im nächsten Sommer werden die Genossinnen ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet wieder aufnehmen, hoffentlich mit gleich gutem Erfolg. Elise Jensen.

Minna Kautsky †.

Im 76. Lebensjahr ist wenige Tage vor Weihnachten in Berlin Minna Kautsky verstorben. Diese Kunde wird in sehr vielen Herzen einen schmerzlichen Nachhall geweckt haben, denn das kämpfende Proletariat empfangt seinen reichen Anteil von dem Besten, was die begabte, kraftvolle Frau gewirkt und geschaffen hat. Erst in den reiferen Jahren fand Minna Kautsky den Weg zum Sozialismus. Eigenart und Lebensschicksal hatten sie jedoch vorbereitet, auf ihm rasch und rüstig vorwärtszuschreiten und sich dem hohen Ideal ganz hinzugeben. Als Schauspielerin wollte Minna nachschaffen, was höchste Kunst gestaltet hat, wollte sie ganz selbst werden und sich von der geistigen und sozialen Gebundenheit ihrer kleinbürgerlichen Umwelt befreien. Die Dornen ihres Berufs blieben nicht die einzigen, über die sie wandern mußte. Frühzeitig verheiratet, waren ihre Jugendjahre erfüllt von dem wundenreichen und doch fruchtbarsten Kampf, den das denkende Weib von eichem Empfinden kennt: von dem Zusammenprall zwischen ernst empfundenen Mutterpflichten und der Einforderung durch einen Beruf, in dem ebenfalls unwiderstehliche innere Kräfte nach Leben verlangen. Als sie künstlerisch vor hohen Flügen stand, als eine glänzende Zukunft ihr winkte, löste äußeres Geschehen brutal den Konflikt. Ein körperliches Leiden zwang sie, der Bühne für immer zu entsagen. Mit dem geistigen Reifen des ältesten Sohnes trat eine neue emportragende Macht in Minna Kautskys Leben ein. Karl Kautsky rang sich in zähem Streben zu den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus durch. Von dem Sohne angeregt und geführt, wurde die Mutter in der sozialistischen Ideenwelt heimisch, lernte sie das kämpfende Proletariat verstehen, achten, lieben. Wie ein neuer Frühling der Schaffensfreudigkeit kam es nun über sie. Minna Kautsky wurde zur Schriftstellerin, die in Romanen, Novellen und Skizzen das soziale Leben unserer Zeit zu packen und zu gestalten suchte, zumal den geschichtlich wertvollsten Teil dieses Lebens: das Emporsteigen des Proletariats zur Freiheit. Wohl ist sie als Schaffende an der Schwelle stehen geblieben, die den Volksschriftsteller in gutem Sinne des Wortes von dem Dichter scheidet, aber ihre Ehre bleibt es, leidenschaftlich danach gerungen zu haben, diese Schwelle zu überschreiten; ihre Ehre bleibt, was ihr Glück ausgemacht hat, ohne Rücksicht auf äußeren Ruhm und Vorteil ihr Können in den Dienst des sozialistischen Freiheitsgedankens gestellt zu haben. So ist Minna Kautsky Tausenden und aber Tausenden zur Erweckerin geworden, so konnte sie in vielen das schwach glimmende Fündchen der Hoffnung auf bessere Zeiten zur hellen Flamme der Erkenntnis entfachen, daß jeder Enterbte für Recht und Freiheit kämpfen muß. Darum wird sie dem Herzen der Enterbten noch teuer sein, wenn der Klang vieler Namen verschollen ist, der heute die literarische Welt erfüllt. Zu den Blumen, mit denen Angehörige und Freunde dies frische Grab schmücken, legt das kämpfende Proletariat einen vollen immergrünen Zweig.

Politische Rundschau.

Während die Weihnachtsglocken wieder einmal die fröhliche Botschaft „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“ verkündeten, lauschten die Menschen bang, ob das Geläute der Glocken nicht durch den Donner der Kanonen abgelöst würde, die den Weltkrieg einschossen. Europa kommt aus der Gefahr des Weltkriegs überhaupt nicht mehr heraus. Der kapitalistische Drang nach Gründung von Weltreichen, nach Beherrschung großer Wirtschaftsgebiete, die der Bourgeoisie den nötigen Ellenbogenraum zur freien Ausbreitung ihrer Ausbeutung, zur Anlage ihrer unablässig wachsenden Kapitalien gewähren, hat die Gegensätze zwischen den herrschenden Klassen der Kulturstaaten aufs höchste gespannt. An einem geringfügigen Streitpunkt kann sich der allgemeine Weltbrand entzünden. Dreieund und Dreierband stehen einander bis an die Zähne bewaffnet gegenüber, und jede dieser „Friedensbürgschaften“ lauert nur auf die günstige Gelegenheit, um dem Gegner an die Gurgel zu fahren. Alle Friedensbeteuerungen der Regierungen sind höchstens für einen begrenzten Zeitraum aufrichtig gemeint. Sie gelten nur mit dem stillschweigenden Vorbehalt, daß man seine Haltung ändern wird, sobald der Krieg Erfolg verspricht. Mit dieser latenten Kriegsgefahr haben die Völker im imperialistischen Zeitalter beständig zu rechnen. Zurzeit aber befinden sie sich in einer besonders gefährlichen Lage, in der die Waage zwischen Krieg und Frieden ganz bedenklich schwankt. Denn zurzeit sitzen ja die Diplomaten in London zusammen, um den Frieden auf dem Balkan zu zimmern, und bei diesem Werke wird viel mit Bündnistoff hantiert. Die Großmächte wollen freilich schon einig sein, die Botschafterkonferenz in London ist schnell beendet worden und hat für alle schwierigen Fragen die befriedigende, schlichtende Formel gefunden. Indes darf man nach den neueren Erfahrungen über die Haltbarkeit und Wirkung solcher „großmächtiger“ Abmachungen — man denke an den laut bekanntgegebenen Entschluß der Mächte, den Balkankrieg zu verhindern, und an den nicht minder pompös verkündeten, seine Gebietsüberschiebung auf der Balkanhalbinsel zuzulassen — einigermaßen bezweifeln, daß durch die Beschlüsse dieser Botschafterkonferenz eine Gewähr für die glatte Lösung aller Schwierigkeiten gegeben ist. Zumal die Friedensverhandlungen zwischen dem Balkanbund und der Türkei überhaupt noch nicht vom Flecke gekommen sind und die Drohung mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten alle Augenblick bald in Konstantinopel, bald in Sofia laut wird. Griechenland führt ohnehin noch die Waffen wider die Türkei, hat aber in den bisherigen Gefechten zu Wasser und zu Lande keine Stellung nicht verbessert. Überhaupt ist es mit der Einstellung der Feindseligkeiten ein eigen Ding. Um Skutari wird zwischen Montenegro und Türken weitergekämpft, als ob nie ein Waffenstillstand geschlossen worden wäre. Und wo die regulären Truppen den Waffenstillstand achten, da sind die irregulären, die Vanden eifrig dabei, die Greuel des Krieges in der aller schlimmsten Weise fortzusetzen. Die Türken beschuldigen die Verbündeten, daß sie in den besetzten Gebieten die Vanden die friedliche mohammedanische Bevölkerung niedermeßeln lassen, daß diese Kämpfer des Kreuzes weder Frauen noch Kinder verschonen. Und die Verbündeten behaupten zum Ausgleich, daß in den von den Türken noch behaupteten Gebieten in gleicher Weise gegen die christliche Bevölkerung gewütet werde. Und das Entscheidende ist, daß beide Seiten recht haben. Der entfesselte Nationalitäten- und Glaubenshaß gebiert furchtbare Unmenslichkeiten. Grauenvolle Schreckensszenen spielen sich hinter dem Vorhang ab, den die Kriegszensur vor die von Blut überschwemmte Bühne gezogen hat. Mit welsch verbrecherischen Mitteln Kriege nicht bloß geführt, sondern auch angezettelt werden, davon haben diese Tage ein haarsträubendes Beispiel geliefert. Seit Wochen ist die öffentliche Meinung Europas und insbesondere Österreich-Ungarns durch Sensationsmeldungen erregt worden über die Untaten serbischer Soldaten gegen einen österreichischen Konsul Prohaska in Brizrenb — einer Stadt in dem von den Serben eroberten türkischen Gebiet. Konsul Prohaska sollte mißhandelt, verwundet, verstümmelt oder gar getötet worden sein oder er war an den Folgen der Wunden gestorben, die er davongetragen hatte. Längst waren die amtlichen Darstellungen und Berichte über die Affäre in Wien angelangt, aber sie wurden der Öffentlichkeit vorenthalten. Die Schauer Meldungen dauerten weiter an. Infolge dieser aufreizenden Nachrichten sah es zeitweilig so aus, als müsse es schon wegen der schändlichen Verletzung des Völkerrechts und der Ehre Österreichs zum Kriege kommen. Bis dann die österreichische Regierung die amtlichen Nachrichten doch nicht länger zurückhalten konnte und sich herausstellte, daß dem vielgenannten Konsul

auch nicht ein Haar auf seinem kostbaren Kopfe gekrümmt worden war. Und obgleich die österreichische Regierung dessen seit langem gewiß war, hat sie die Verbreitung der Lügenmeldungen nicht mit einem Worte gehindert. Ja, es ist nachgewiesen, daß gerade ein Blatt, das das Sprachrohr der Wiener Regierung ist, die tollsten dieser Fehmeldungen gebracht hat. Es ist von amtlichen Stellen an ihrer Verbreitung mitgewirkt worden — man wollte für den Fall eines Krieges mit Serbien ein wirksames Mittel zur Aufpeitschung der „nationalen Leidenschaften“ haben! Dazu war eine Lüge gerade gut genug! Und selbst jetzt, wo diese Blase so überreichend geplatzt ist, scheint die österreichische Regierung den Fall Prohaska auf alle Fälle noch in der Hinterhand halten zu wollen. Die serbische Regierung hat sich beeilt, da ihre Soldaten sich bei dem Zusammenstoß mit dem Konsul einige Unforerksheiten zuschulden kommen ließen, in feierlicher Weise um Entschuldigung zu bitten. Belgrader Blätter hatten die Erwartung ausgesprochen, daß der Vorfall damit erledigt sei. Aus dem Wiener Blätterwald aber kam die Antwort, das sei noch nicht ausgemacht. Ob die Wiener Regierung sich vorbehalten will, im Bedarfsfall ihre Ehre durch den Fall Prohaska doch noch schwer verletzt zu fühlen, um an diesem Ehrenpunkt die „vaterländischen Gefühle“ zu erregen? Fast sieht es so aus!

Dem deutschen Volke sind kurz vor Weihnachten neue große Forderungen für Rüstungszwecke angekündigt worden. Zwar haben wir erst 1911 und 1912 große Rüstungsvorlagen gehabt, die den Haushalt des Reiches schwer belasten. Aber das macht nichts, das genügt noch lange nicht, versichern uns Flottenverein, Wehrverein und Luftflottenverein in trautem Verband. Jedes Jahr muß offenbar in der neuen glorreichen Ära des Weltrüstens seine Militär-, Flotten- oder Luftflottenvorlage haben oder besser gleich alles zusammen. Für 1913 scheint es auf eine Kombination von Heeres- und Luftflottenvorlage herauszukommen. Daß ein Nachtragset für eine Forderung an Luftschiffen und Flugzeugen in Aussicht steht, hat der Staatssekretär Kühn im Reichstag bereits ganz offiziell verkündet. Außerdem aber deutet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an, daß die Weltlage neue Heeresverstärkungen nötig machen wird. Für diese bieten aber die jetzigen Einnahmen des Reiches keine Deckung, so daß also wieder neue Steuern her müssen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt zwar schmunzelnd von der Bereitwilligkeit der Nationalliberalen Notiz, die Wassermann bei der Statberatung kundgegeben hat, auch ohne vorherige Sicherung der Deckungsmittel das „militärisch Notwendige“ zu bewilligen, aber sie warnt doch väterlich davor, diesen Weg zu beschreiten, der wieder in die Pumpwirtschaft führen würde. Und dann weist das Regierungsblatt darauf hin, daß man nicht auf die kommende Besißt-eu-e-rechnen dürfe, weil die doch lediglich die Möglichkeit geben solle, die Rudersteuer zu ermäßigen. Die Notwendigkeit neuer Steuern wird nun freilich den bürgerlichen Parteien nicht sehr angenehm sein. Aber schließlich werden sie darüber hinwegkommen, sie werden schon einen Weg finden, um die Portemonnaies der Besitzenden möglichst zu schonen. Daß die Blauschwarzen jeder echten Besitztümer den äußersten Widerstand entgegenzusetzen werden, mag sie nun Vermögens- oder Erbschaftsteuer heißen, steht fest. Es sprechen viele Gründe dafür, daß das Zentrum mit seinem Gesdrei über den Jesuitenerlaß des Bundesrats neben der Aufpofterung des katholischen Glaubenseifers seiner Wähler auch den Zweck verfolgt, dem Kanzler, der die Besitztümer versprach, ein Bein zu stellen. Und die wohlwollende Neutralität, die die Konservativen bei dem Kreuzzug der Schwarzen bewahren, würde zu dieser Erklärung sehr gut passen. Denn wenn die Junker nicht Rücksicht auf „höhere Gesichtspunkte“ zu nehmen hätten, so würden sie doch wohl etwas mehr Eifer für die Verteidigung des evangelischen Glaubens vor den fürchterlichen Jesuiten beweisen, in-temal sie die Hilfe der protestantischen Geistlichkeit allezeit sehr gut brauchen können. Aber natürlich sind den Junkern die Dinge dieser Welt unendlich wichtiger als alle Glaubensartikel der evangelischen Kirche. Die Ehrwürden und Hochehrwürden aber sind schließlich doch viel zu ohnmächtig, als daß sie auf die Dauer anders wollen sollten als die Herren Junker, die Herren Patrone, von deren Wohlwollen ihre irdische Wohlfahrt abhängt. Wichtig wäre es für die Blauschwarzen freilich, für ihre Aktion die Hilfe der Nationalliberalen zu gewinnen, da sie allein keine Mehrheit im Reichstag aufbringen. Es mehren sich denn auch in der letzten Zeit die Stimmen aus dem reaktionären Lager, die die Nationalliberalen zur Teilhaberschaft einladen. Bis jetzt haben sie noch keinen greifbaren Erfolg gehabt. Aber bei der Amphibiennatur der Nationalliberalen und angesichts der Tatsache, daß der rechte, nationalliberale Flügel planmäßig auf den Anschluß nach rechts hin-

arbeitet, ist noch lange nicht ausgeschlossen, daß die blauschwarz-nationalliberale Koalition, die schon bei der Reichsversicherungsordnung wirksam war, auch für die Steuerfrage zustande käme. Und dann wäre der Weg zur neuen Wänderung der Massen offen.

In der Reichstagsersahwahl in Neuh jüngere Linie, die durch den Tod des Genossen Förster-Hamburg nötig wurde, hat die Sozialdemokratie das Mandat glänzend behauptet. Und dies, trotzdem sie durch die alten Wählerlisten und einen widerrechtlichen Entscheid des Reichsamts des Innern einen ungünstigen Stand hatte. Im benachbarten Neuh ältere Linie wurde fast gleichzeitig ein Wahlrechtsraub durchgeführt. Um die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit im Landtag zu verhüten, wurde das gleiche Wahlrecht durch ein Pluralwahlrecht ersetzt. Die Arbeiterklasse, die in großen Massendemonstrationen Einspruch erhob — und dabei auch einen halbtägigen Massenstreik in Greiz durchführte — stand ganz allein. Der Fortschritt, von dessen Haltung die Entscheidung abhing, lief in letzter Stunde ins Lager der Reaktion über. — In Sachsen haben die Konservativen mit Hilfe der Ersten Kammer ein sehr zahmes nationalliberales Volksgesetz, das immerhin einige Verbesserungen enthielt, zum Scheitern gebracht. Wo sie nicht mehr herrschen können, da verhindern die Junker wenigstens jeden noch so geringen Fortschritt. Die württembergischen Landtagswahlen haben in ihrem letzten Akte, den Landesproporzahlen, den Bankrott der Liberalen besiegelt. Die Fortschrittliche Volkspartei hat vier, die Nationalliberalen haben drei Sitze verloren, während das Zentrum einen, die Konservativen fünf Sitze gewannen. Die Sozialdemokratie eroberte ein Mandat. Das Gesamtergebnis zeigt Konservative und Zentrum mit 46 Mandaten ebenso stark wie Nationalliberale, Volkspartei und Sozialdemokratie zusammen. Die liberale Herrschaft ist elend zusammengebrochen, der Minister v. Pischke hat seinen Abschied genommen.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Massenstaat kennt zweierlei Recht: Arbeiterrecht und Unternehmerrecht. In ihm beherrscht eine Klassenjustiz die Anwendung der Gesetze. Haben politische und gewerkschaftliche Kämpfe gerichtliche Entscheidungen im Gefolge, dann kommt der Grundsatz des früheren preußischen Justizministers Schönstedt voll zur Geltung: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Versündigen sich die Proletarier gegen § 153 der Gewerbeordnung, so werden gegen die Missetäter Klaffenurteile gefällt, die das Rechtsgefühl jedes unverdorbenen Menschen empören. Streikende, die einen Arbeitswilligen sbeel ansehen, müssen dieses Verbrechen mit der höchsten zulässigen Strafe büßen. Die preußische Rechtspflege schont dabei nicht die Mutter mit dem Säugling und wirft beide ins Gefängnis, wenn die Mutter in gerechter Embörung dem Verräter ein Pfui zuruft, der dem Kampfe ihres Mannes und ihrer Brider um menschenwürdigeren Lebensbedingungen in den Rücken fiel. Erst jüngst wieder deutete ein Gericht einen Streikrawall zum Landfriedensbruch um und verhängte über die Ausständigen schwere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Anders, wenn es sich um Kapitalisten handelt. Diese mögen täglich und bemüht unter den Augen der hohen Obrigkeit gegen die Arbeiterschutzgesetze verstößen, ohne daß die Behörden einen Finger krümmen machen. Bleibt aber im Kampfe gegen die Arbeiter einmal ein Unternehmer in den Maschen des § 153 der Gewerbeordnung hängen, so erwächst ihm daraus noch lange kein Unheil.

Weil sie selbst aber über dem Gesetz stehen, schreien sich die Kapitalisten schier heiser nach einer Verschärfung jenes Gesetzesparagrafen und fordern die völlige Befreiung des Streik- und Boykottrechtes der Arbeiter. Die Herren mit dem schlechtesten Gewissen sind die lautesten Schreier. Unter den deutschen Unternehmerorganisationen sind die Väterinnungen so ziemlich die rückschrittlichsten und gewissenlosesten. Sie üben nicht nur einen angeheuren Terror gegen die Gehilfen aus, sondern auch gegen diejenigen Meister, die den scharfmacherischen Beschlüssen nicht blindlings folgen wollen. Das Gesetz gibt diesen Organisationen die Handhabe, über solche Meister Innungsstrafen zu verhängen. So haben die Zwangsinnungen beschlossen, daß Meister mit den Gehilfen keine Tarifverträge abschließen dürfen. Aber einzelne Zuwiderhandelnde verhängt die Innung immer wieder Strafen von 20 Mk. bis zu einer Gesamthöhe von über 1000 Mk. Auf diese Weise hat die Körperschaft, die mit am lautesten nach Schutz des Mittelstandes ruft, viele kleine selbständige Existenzen geradezu vernichtet. Gegen die Verhängung dieser Strafen ist nur Beschwerde im Verwal-

tungstreitverfahren möglich, und in diesem wurden die Strafen stets bestätigt. Die Staatsanwälte weisen die Strafanträge der Kleinmeister gegen die Innung zurück, die sich auf § 153 der Gewerbeordnung stützen, und die höheren Gerichte rechtfertigen die Haltung der Staatsanwälte. Die Begründung der Ablehnung ist kennzeichnend für das Rechtsempfinden unserer Richter. So erklärt eine solche in dem edlen Deutsch, das unsere Gerichte auszeichnet: „Es bedarf keiner Ausführung, daß, wenn Einzelmitglieder mit den Gesellen Tarifverträge abschließen, womöglich noch zu höheren Lohnsätzen als den bisher von den Innungsmitgliedern üblichen, dadurch nicht allein der Gemeingeist unter den Innungsmitgliedern gestört, sondern auch das gedeihliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen in Frage gestellt wird, da die überwiegende Mehrzahl der Gesellen sich den Meistern zuwenden wird, die höhere Löhne zahlen.“ Das Gericht stellt des weiteren diese fühne Behauptung auf: „Wenn die Leiter der Zwangsinnung zu der Annahme kommen konnten, daß ihr Vorgehen berechtigt sei, so mangelte ihnen, auch wenn ihre Handlung rechtswidrig war, das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit.“ Dem unbesessenen Arbeiter fehlt natürlich nie „das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit“, nur die Unternehmerorganisationen mit ihren ständigen juristischen Rechtsbeiständen wissen nicht, was Recht ist, was das Strafgesetzbuch sagt. Und das nennt sich „Recht“sprechung!

Als Gegenstück dieser richterlichen Milde möge folgender Fall dienen, der selbst für die deutsche Gerichtspraxis etwas ungewöhnlich erscheint. Beim Streik der Papierarbeiterinnen in Aischersleben ist von der bestreikten Firma gegen einen Buchbinder Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs gemacht worden. Der Betreffende soll die Adressen von fünf bis sechs Kunden dem Vertrauensmann des Buchbinderverbandes bekanntgegeben haben, damit dieser die Geschäfte auf die Zustände in dem Betrieb hätte aufmerksam machen können. Es muß bemerkt werden, daß die Adressen auf den Papierverpackungen aufgedruckt stehen. Der Buchbinder wurde sofort verhaftet und acht Wochen in Untersuchungshaft gehalten, bis die Firma kurz vor der gerichtlichen Entscheidung den Strafantrag zurückgezogen hat. Wegen unlauteren Wettbewerbs, ja sogar schon wegen des Verdachtes dieses Vergehens jemand in Haft zu setzen, erscheint in diesem Falle als neues Mittel der Gerichte, den Ausbeutern zu Hilfe zu kommen! Auf einen Wink des Unternehmers kann wohl nächstens jeder Streikführer vom Büttel ins Gefängnis geworfen werden, sobald nur der Verdacht einer Straftat erdichtet wird.

Im Bergbau an der Saar steht zurzeit, da wir diese Zeilen niederschreiben, der Ausbruch eines Lohnkampfes bevor. Die christlich-interkonfessionelle Organisation hat dort unter den Bergarbeitern die größte Schar Mitglieder gemustert, unser Verband ist noch schwach. Die Arbeitslöhne sind schlecht, nun soll den Grubenproletariern obendrein eine neue verschlechterte Arbeitsordnung aufgezwungen werden. Um diese abzuwehren und eine Lohnerhöhung durchzusetzen, wollen die Bergleute am 2. Januar in den Streik treten. Eine Deputation der christlichen Bergleute hat beim Minister vorgeprochen und ihm die Schmerzen der Arbeiter geklagt. Der Minister hat sie auf das Parlament vertröstet und sie im übrigen zur Ruhe gemahnt. Eine Vertröstung auf das preussische Dreiklassenparlament, in dem Arbeiterforderungen und -wünsche noch immer mit Füßen getreten werden, ist das nicht blutige Hohn? Das scheinen selbst die christlichen Arbeiter zu empfinden. Nachdem die Kündigung durch die Arbeiterausschüsse von der Grubenverwaltung nicht angenommen worden ist, wollen sie unter Einhaltung der Kündigungsfrist den Streik zur Tat werden lassen. Diese Lohnbewegung an der Saar regt naturgemäß zu Vergleichen mit dem Kampfe an, der im vergangenen Frühjahr an der Ruhr ausbrach. Von den besseren oder schlechteren Konjunktur- und Organisationsverhältnissen soll hier nicht geredet werden. An der Ruhr stand der alte Verband im Vorder-treffen des Kampfes. Der christliche Gewerbeverein proklamierte den Streikbruch und rief Militär herbei zum Schutze seiner angeblich bedrängten, arbeitswilligen Mitglieder. Nunmehr scheint ihn die Rache für seine Verräterei zu ereilen. Im Saargebiet zählt die christlich-katholische Organisation, eine der vom Papste so sehr gelobten Fachabteilungen, ebenfalls einige hundert Mitglieder. Diese verwerfen den geplanten Streik ihrer Brüder in Christo und sind gewillt, in ihm die Rolle der Streikbrecher zu übernehmen. Die Regierung läßt sich über die Lohnbewegung informieren, und der Leiter der staatlichen Bergwerksverwaltung in Saarbrücken konferenziert mit dem Leiter der Bergwerksabteilung im Handelsministerium und dem Minister. Kommt es zum Streik, so werden die Mitglieder des alten Verbandes — das

haben sie oft vorher erklärt — Solidarität üben und sich in Reih und Glied mit den Kämpfenden stellen, wie es ehrlichen Massen-genossen die Pflicht gebietet.

Die in der Binnenschifffahrt Beschäftigten stehen in einer Bewegung. Es ist ihnen weniger um die Erhöhung der Löhne zu tun, in erster Linie erstreben sie andere unumgängliche Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen. Die Reichsregierung hat schon Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschifffahrt veranstaltet, die die Notwendigkeit einer Reform als dringend erwiesen haben. Dabei konnten die in ihr herrschenden Mißstände nicht einmal in ihrer ganzen Schwere und Gefährlichkeit erfaßt werden. Denn die vom Weirat für Arbeiterstatistik vernommenen Arbeiter waren diesem durch die Unternehmer zugewiesen worden, während die vom Verband gestellten nicht vernommen wurden. Die Arbeitsverhältnisse in der Binnenschifffahrt sind schändliche. Die Unfallgefahr ist bei der unmenschlichen Überanstrengung besonders hoch. Bei der Oderschifffahrt sind Arbeitswochen von 120 bis 190 Stunden ununterbrochener Fahrt, ohne Ruhetag dazwischen, keine Seltenheit. Die Erholungs-pausen sind kurz, wochenlang kommen die Schiffer und Maschinisten nicht aus den Kleidern heraus. Was für Unfälle die ungeheure Übermüdung verursacht, zeigt unter anderem folgender Fall. Einem Maschinisten, der beim Luftschöpfen an einer Lude eingeschlagen war, wurde beim Passieren einer Brücke der Kopf vom Leibe gerissen! Ebenso verwerflich sind die gesundheitlichen Zustände auf den Schiffen. Ein Geiziger, der für einen an Typhus verstorbenen eingestellt worden war, erkrankte ebenfalls an Typhus. Man hatte ihm den Strohsack und die Bettwäsche des Verstorbenen gegeben! Um so grauenvolle Mißstände zu beseitigen, verlangen die Organisationen der Arbeiter eine Regelung der Sonntagsruhe und Festlegung einer bestimmten Arbeitszeit. Die Unternehmer schoben die Forderungen zunächst mit einer Handbewegung zur Seite und vertrösteten die Arbeiter nur auf die zu erwartenden Maßnahmen der Gesetzgebung. Den Arbeitern dauert jedoch die Sache zu lange, und sie wollen, falls die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigen, ihre Forderungen durch einen Streik durchsetzen. Die ersten Verhandlungen endeten ergebnislos, sie sollen aber demnächst auf Wunsch der Unternehmer wieder aufgenommen werden.

Der Zusammenschluß zu größeren gewerkschaftlichen Kampforganisationen macht weitere Fortschritte. Für einige Verbände ist die Verschmelzung mit den Arbeiterorganisationen ihnen nahestehender Gewerkszweige nur noch eine Frage der Zeit. Dem Zusammenschluß am nächsten scheinen die Gutmacher und Blumenarbeiter. Die Generalversammlung des Gutmacherverbandes hatte sich im Jahre 1910 grundsätzlich mit dem Übertritt der Blumenarbeiter einverstanden erklärt. Die Blumenarbeiter beauftragten ihren Vorstand, Verhandlungen zu führen, damit die Frage der Verschmelzung beider Gewerkschaften 1913 ihren Verbandstagen zur Entscheidung vorgelegt werden könnte. Im Gutmacherverband werden zwar gegen die Vereinigung einige Einwendungen erhoben, die uns aber nicht sonderlich stichhaltig scheinen. Es liegt im Interesse beider Organisationen, die auch viele weibliche Mitglieder haben, daß die angejäherte Vereinigung zustande kommt. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Die Krefelder Färber haben am 8. Dezember den Tarifvorschlag der Unternehmer einstimmig abgelehnt. Damit ist die Bewegung auf einem entscheidenden Punkt angelangt: kommen die Kapitalisten nicht zu besserer Einsicht, so muß in absehbarer Zeit der offene Kampf ausbrechen. In den Färbereien Krefelds war das Arbeitsverhältnis bisher tariflich geregelt; es wurden sogenannte Staffellöhne gezahlt, die sich nach dem Alter der Beschäftigten gliederten. Sie betragen pro Woche für Lehrlinge 6 bis 13 Mk., für Lehrmädchen 5 bis 11 Mk. — die Lehrzeit dauert für beide drei Jahre —, für Arbeiterinnen unter 19 Jahren 13 Mk., über 19 Jahren 15 Mk., für ausgelernte Gesellen je nach dem Alter 18,50 bis 24 Mk., für selbständige Couleurfärber von 20 bis 28 Mk., für Hilfsarbeiter 18 bis 20 Mk. Die Arbeiter forderten eine Erhöhung dieser Sätze, die Herabsetzung der Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden in der Woche sowie eine anderweitige Regelung und Vergütung der Überzeitarbeit, Gewährung von Ferien und statt der jetzt bestehenden eintägigen Kündigung eine wöchentliche. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit ließen die Unternehmer nicht das mindeste verlauten. In der Lohnfrage bleiben ihre Zugeständnisse recht weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurück. Die zugeständenen Erhöhungen würden wöchentlich für 220 Arbeiter je 2 Pfennig, für 1884 je 1 Mk. und für 76 Arbeiter je 2 Mk. betragen; die Arbeiterinnen sollen dabei ganz leer ausgehen. Die Löhne sol-

zusammen mit der 60stündigen Arbeitszeit auf drei Jahre durch Tarif festgelegt werden. Diese letztere Zummutung der Unternehmer ist ganz besonders unverschämmt. Schon bei der 58-Stundenwoche müssen während der Saison regelmäßig mehr als 60 Stunden wöchentlich gearbeitet werden, technische Ursachen machen sehr oft Überstunden notwendig, wenn das Material nicht verderben soll. Mußten sich in Sachsen-Thüringen die Färbereibesitzer zur 58-Stundenwoche bequemen, so können das ihre rheinischen Kollegen erst recht tun. Die Verwirklichung beider Forderungen — Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Lohnerhöhung — ist gut möglich, das Gedeihen der Betriebe gestattet es. Die Unternehmer sind um so mehr verpflichtet, die Forderungen zu bewilligen, als in den letzten Jahren an die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erhebliche Mehrforderungen gestellt worden sind. Im Jahre 1904 betrug bei den Färbern in Krefeld der wöchentliche Durchschnittslohn 20 Mk. und die Jahresleistung pro Kopf 1466 Kilogramm; im Jahre 1911 war der Durchschnittslohn auf 21,68 Mk. gestiegen, aber die Jahresleistung auf 1903 Kilogramm pro Kopf. Während 1904 durchschnittlich pro geleistetes Kilogramm 1,36 Pf. Lohn gezahlt wurde, so 1911 nur noch 1,13 Pf. Trotz der gestiegenen Löhne hatten sich für die Unternehmer die Gestehungskosten um 0,23 Pf. pro Kilogramm gesenkt. Die gemachten Zugeständnisse ergeben wöchentlich noch nicht einmal 1 Mk. Mehrausgaben auf den Kopf des Arbeiters! Die Unternehmer könnten ohne fühlbare Belastung auf allen Stufen den Lohn durchgehend um 2 Mk. in der Woche erhöhen. Das würde die Gestehungskosten gegen 1911 nur um 0,11 Pf. pro Kilogramm erhöhen, und diese würden noch immer um 0,12 Pf. pro Kilogramm hinter der Aufwendung von 1904 zurückbleiben. Die Arbeiter waren bereit, sich mit den gebotenen Lohnerhöhungen unter Ablehnung des Tarifs zu begnügen, die Unternehmer bestanden aber darauf, daß sie sich auf drei Jahre hinaus durch den Tarif binden sollten. Die Bindung lehnten die Arbeiter um so mehr ab, als die Unternehmer in bezug auf die Arbeitszeit durchaus keine Zugeständnisse machen wollten. Nunmehr haben die Kapitalisten auch die Lohnerhöhungen zurückgezogen. Der jetzige Stand der Verhältnisse in Krefeld ist nicht lange haltbar. Entweder kommt es in kurzer Zeit zu neuen Verhandlungen, die eine den Arbeitern annehmbare Regelung bringen, oder ein sehr heftiger Zusammenstoß zwischen Arbeit und Kapital ist unvermeidlich. Die 60stündige Arbeitszeit muß fallen, die Zeit dafür ist schon längst reif. sk.

Aus der Holzarbeiterbewegung. Für die Musikinstrumentenarbeiter und für die Korbmacher hielt der Deutsche Holzarbeiterverband in den letzten Wochen Branchenkonferenzen ab. Die Konferenz der Musikinstrumentenarbeiter tagte in Berlin, und zu ihr hatte die Arbeiterschaft von 39 Orten 55 Vertreter entsandt. Die Mehrheit der Delegierten stellten naturgemäß die Klavierarbeiter. Doch waren auf der Tagung auch die erzgebirgischen Orte Markneukirchen-Klingenthal vertreten, in denen etwa 15 000 bis 16 000 Arbeiterinnen und Arbeiter, davon drei Viertel in Heimarbeit, mit der Herstellung von Mund- und Ziehharmonikas, Geigen und Zithern beschäftigt sind. Die Organisation ist unter diesen noch sehr schwach. Kein Wunder daher, daß der wöchentliche Verdienst erwachsener männlicher Personen auch bei mindestens elfstündiger täglicher Arbeitszeit selten 14 Mk. übersteigt. Die Berichte der Delegierten ließen erkennen, daß an vielen Orten auch die Klavierarbeiter noch recht schlecht organisiert sind und daß in allen solchen Orten die einst vorbildlichen Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiterschaft längst durch die der besser zusammenhaltenden Tischlereiarbeiter überholt sind. Die tarifliche Sicherung der Arbeitsbedingungen hat in der Pianoforteindustrie erst geringe Fortschritte gemacht. In einigen Orten unterstehen allerdings die Pianofortebetriebe bereits dem allgemeinen örtlichen Tarifvertrag für die Holzindustrie, und die Arbeiter fahren gut dabei. Die Konferenz faßte ihre Stellung zu der Frage der Tarifverträge in einer Resolution zusammen, die ausspricht, daß „der Abschluß korporativer Tarifverträge unter Zugrundelegung und Anlehnung an die Vertragspolitik des Verbandes auch in der Musikinstrumentenindustrie als erstrebenswertes Ziel anzusehen ist. Beim Abschluß von Tarifverträgen in der Musikindustrie ist besonders darauf zu achten, daß die ständigen Veränderungen der Arbeitsmethoden und Arbeitsleistungen und die dadurch bedingten Affordpreisveränderungen nicht zu einer Schädigung der Lohnverhältnisse der Arbeiter benutzt werden. Insbesondere sind Festlegungen zu treffen, welche es verhindern, daß tarifizierte Arbeiten von Hilfsarbeitern oder Arbeiterinnen zu niederen Affordpreisen oder im Stundenlohn ausgeführt werden“. Ferner soll dafür gesorgt werden, daß den geübten Klavieristimern der Tariflohn ebenfalls gesichert wird. Den Schluß der zweitägigen Verhandlungen bildete

eine umfassende Aussprache über Mittel und Wege zur Gewinnung der noch fernstehenden Berufsgenossen.

Die Konferenz der Korbmacher tagte in Koburg, dem Mittelpunkt der fränkisch-thüringischen Korbwarenindustrie. Während die Klavierarbeiter überwiegend mit Großbetrieben zu rechnen haben, kamen auf dieser Tagung die Arbeiter der typischen Kleinbetriebe zum Worte. In der Korbwarenindustrie vollzieht sich die Entwicklung zum Großbetrieb nur sehr langsam. Die leichte Möglichkeit, selbständig zu werden, ist dabei ein erheblicher Hemmschuh der Organisierung und damit auch des wirtschaftlichen Aufstiegs der Arbeiterschaft. Das Gewerbe hat im letzten Jahrzehnt mehrmals gute Geschäftslagen gehabt, aber infolge der Verfahrtheit, die auch unter den Meistern herrscht, konnten sie nicht recht ausgenutzt werden. Insbesondere war dies der Fall bei großen Beschloßorbauaufträgen durch das Kriegsministerium, bei denen die anfangs günstigen Affordlöhne durch die Verteilung auf die vielen Kleinbetriebe zu einem Hungerlohn herabgedrückt wurden. Die Zentralkommission des Gewerbes wurde deshalb beim Kriegsministerium vorstellig, aber, wie sie berichten mußte, ohne Erfolg. Günstig für die Korbmacher ist dagegen die zunehmende Verwendung von Rohrmöbelen. Die Konferenz sprach den Wunsch aus, daß bei Lohnbewegungen auf die Einführung des metrischen Maßsystems hingearbeitet werde. Die jetzt noch übliche Berechnung auch des Affordpreises nach den verschiedenen Zollmaßen bringt viele Unzuträglichkeiten und Ungleichheiten mit sich. Außerdem soll auch der preisdrückenden Konkurrenz der Gefängnisarbeit entgegengetreten werden. Die rege Aussprache unter den Berufsgenossen auf den beiden Tagungen wird fruchtbringend für die Agitations- und Organisationsarbeit sein, für die sie neue Richtlinien gelegt hat. sk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die rohe Umsatzsteuer ist nunmehr durch ein Landesgesetz, das Gemeindesteuergesetz, in Sachsen verboten! Wir berichteten bereits in der letzten Rundschau, daß die aus Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Freisinnigen bestehende Mehrheit der Zweiten Kammer des Landtags so beschlossen habe. Die Erste Kammer stellte zwar die Regierungsvorlage wieder her, im Vereinigungsverfahren gab sie aber der Zweiten Kammer nach, da auch die Regierung nicht unbedingt an dieser ungerechten Steuer festhielt. Ganz ohne Kompromiß ging es allerdings nicht ab. Die Umsatzsteuer soll in den Orten, die sie eingeführt haben, nicht sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes aufgehoben werden, sondern noch zehn Jahre weiterbestehen können. Eine neue Umsatzsteuer darf aber nicht eingeführt werden. Der Satz der anderen mit dem Umsatz kombinierten Einkommensteuer, die gewissen Großbetrieben im Kleinhandel auferlegt werden kann, wurde auf 8 Prozent festgesetzt. Die Regierung schlug 10 Prozent vor, die Zweite Kammer hatte 6 Prozent beschlossen. Die Steuer ist nur fakultativ, die Konsumvereine werden von ihr nicht betroffen. — Die Mittelfändler sind natürlich wütend über diesen Ausgang der Sache. Ein heftiger Kampf, der fünfzehn Jahre lang in Sachsen tobte, ist zu ihren Ungunsten entschieden. Hoffentlich folgen andere Bundesstaaten nach; Sachsen ist der erste, der ein solches Verbot gesetzlich festlegt. Der Erfolg ist vornehmlich auf die intensive Agitation unserer Genossen und der Konsumvereine zurückzuführen!

Die Berliner Konsumvereinsbewegung schreitet rüstig vorwärts, wie wir wiederholt an dieser Stelle berichteten. Die Zahl der Mitglieder des Berliner Konsumvereins nimmt schnell und ungeheuer zu. Es ist, als ob die Berliner Arbeiterschaft jetzt möglichst rasch nachholen wollte, was sie früher versäumt hat. Es ist begreiflich, daß dieses schnelle Wachstum der Vereinsleitung geschäftlich und organisatorisch gewisse Schwierigkeiten bereitet, aus denen sich mancherlei Anstimmigkeiten ergeben. Die Berliner Bewegung macht eine Krise durch als Folge ihres schnellen Vorwärtsschreitens. Das ist eine Erscheinung, die man auch schon in anderen großstädtischen und industriellen Bezirken beobachten konnte. In Berlin mit den Massen von Arbeitern und den außergewöhnlichen Größenverhältnissen müssen solche Vorgänge natürlich noch viel stärker in Erscheinung treten. Jedenfalls ist das jetzige Stadium der Entwicklung in Berlin von größtem Interesse für die ganze deutsche Konsumvereinsbewegung. Es bedarf keiner großen Prophetengabe, um vorauszusagen, daß die Berliner Konsumvereinsbewegung in absehbarer Zeit die stärkste und machtvollste in Deutschland sein wird. In drei aufeinanderfolgenden Generalversammlungen des Berliner Konsumvereins wurde äußerst lebhaft über geschäftliche und organisatorische Fragen d-

battiert, und es wurden einige Genossen neu in den Aufsichtsrat gewählt. In diesen Debatten spielt auch die Frage des Verhältnisses der Konsumvereine zur modernen Arbeiterbewegung eine große Rolle. Denn auch in Berlin wird versucht, die Konsumvereinsbewegung nach dem Hamburger Rezept der Überneutralität zu dirigieren. Die große Mehrheit der Generalversammlung hat nun keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie das nicht will! Vielmehr soll der Konsumverein von jenem Geiste belebt und beherrscht sein, der in den Resolutionen der sozialdemokratischen Kongresse von Kopenhagen und Magdeburg seinen Ausdruck findet. Selbstverständlich denkt deswegen niemand und denken auch die Berliner nicht daran, aus den Konsumvereinen politische Kampforganisationen zu machen. Die eben genannten Resolutionen stellen ja ganz klar das Verhältnis zwischen Partei und Konsumvereinen fest. Es soll aber ein freundschaftliches Verhältnis zwischen beiden bestehen, das besonders den Konsumvereinen sehr zum Vorteil gereichen wird und das ihnen seit Kopenhagen und Magdeburg schon Massen neuer Mitglieder zugeführt hat.

In Hamburg freilich scheint man den Berliner Vorgängen mit wenig freundlichen Gefühlen gegenüberzusehen. In der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ wurde in drei langen Artikeln gegen die Berliner Genossen polemisiert, die das Wort vom sozialistischen Geiste nicht leeren Schall und Rauch sein lassen wollen. Auf diese Polemik selbst kann und soll hier nicht eingegangen werden; zum Teil richtet sie sich gegen den „Vorwärts“. Scharf zurückzuweisen ist jedoch die ganze Art, wie die Sache in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ geführt wird. Das Recht einer sachlichen Kritik wird dem Blatte natürlich nicht bestritten. Die Artikel aber, die es brachte, strotzen nur so von höhnischen und gehässigen Wendungen und sie waren obendrein ganz persönlich gehalten. Wenn sich die in den Verwaltungen der Konsumvereine sitzenden und andere Genossen, die Leser der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ sind, das ruhig gefallen lassen, dann haben sie allerdings solche unerhörte Anrempelung voll auf verdient. In Hamburg würde man offenbar eine schwache Berliner Konsumvereinsbewegung einer starken und von sozialistischem Geiste erfüllten vorziehen.

Ein für Konsumvereine wichtiges Gerichtsurteil wurde kürzlich vom Dresdener Landgericht gefällt. Der Geschäftsführer des Löbtauer Konsumvereins hatte in der „Dresdener Volkszeitung“ einen „Inventurwarenerverkauf“ angezeigt. Außerdem waren in den beiden Manufakturwarengeschäften des Vereins Plakate aufgehängt mit der Ankündigung eines Inventurwarenerkaufs. Mit diesen Ankündigungen sollte der Geschäftsführer eine Verordnung über Saison- und Inventurausverkäufe in Verbindung mit dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb übertreten haben. Das Schöffengericht kam zur Verurteilung. (!) Es wurde Verurteilung eingelegt und diese Verurteilung damit begründet, daß die Schutzbestimmungen der Verordnung sich unmöglich auf Konsumvereine beziehen könnten. Ein Konsumverein habe als Käufer nur seine Mitglieder, die Ankündigungen wenden sich auch nur an diese, ein Wettbewerb zwischen Konsumvereinen und anderen Ladengeschäften sei schon deshalb ausgeschlossen, weil dem Konsumverein gesetzlich verboten ist, an Nichtmitgliedern zu verkaufen. Ausverkäufe haben in dem von dem Geschäftsführer geleiteten Verein noch nie stattgefunden, und nur der Umstand, daß sich der seit 24 Jahren bestehende Verein mit dem Konsumverein Vorwärts für Dresden und Umgegend am 1. Juli verschmelze, war die Veranlassung zu dieser Ausnahme. Dieselben Gründe schließen auch den von der Strafbehörde angenommenen unlauteren Wettbewerb aus, selbst wenn dann und wann einmal ein Mitglied in einem anderen Geschäft etwas kauft. Die Zeit des Inventurwarenerkaufs konnte auch nicht anders gewählt werden, da im genannten Verein das Geschäftsjahr mit ultimo Juni schließt. Für das Aushängen der Plakate mit der ungesetzlichen Abänderung könne er nicht verantwortlich gemacht werden. Auch die Wirkung dieser Plakate war nur für die Mitglieder bestimmt, da der Zutritt in die Geschäfte anderen Personen verboten ist. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In der kurzen Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß ein strafbares Verhalten nicht vorliegt.

Gegen die Teuerung haben vielfach auch die Konsumvereine Maßnahmen zugunsten ihrer Mitglieder ergriffen. Das wird besonders dort von Wert sein, wo die Behörden und Gemeindeverwaltungen untätig bleiben. In Dresden haben die Konsumvereine zum Beispiel Kartoffeln unter dem Selbstkostenpreis abgegeben, als diese unverhältnismäßig teuer waren. In dieser Stadt werden überdies in jedem Winter Brotmarken durch Vermittlung der Gewerkschaftskartells an arbeitslose Mitglieder abgegeben.

Auch der Bezug von Seefischen wird in sehr vielen Vereinen schon längere Zeit betrieben. Hier und da versuchten die Konsumvereine auch, sich an den Teuerungsmahnahmen der Gemeinden zu beteiligen. Dabei hat sich die große Hamburger Stadtverwaltung nach Meldungen in der Presse geradezu einseitig benommen. Der Konsumverein Produktion wollte das von der Stadt bezogene billigere dänische Fleisch ebenfalls in seinen Läden abgeben. Unzulänglich war das auch zugesagt worden. Es kam jedoch nicht so weit, denn die Stadtverwaltung zog die Zusage zurück. Das hatten die Fleischermeister und die mittelständlerischen Scharmacher mit ihrer Hege bewirkt! Der Schlag ging jedoch daneben. Denn die Produktion bezog nun selbst ohne Vermittlung Fleisch und stellte jede Woche 35 000 Pfund besten deutschen Rindfleisch zu 76 und 82 Pf. den Mitgliedern zur Verfügung. — Eine Anzahl Thüringer Genossenschaften bezogen aus Australien gefrorene Nanchin, die sie pro Stück mit 90 Pf. veräußerten.

Großes Aufsehen erregte im Frühjahr 1911 in Berlin der Zusammenbruch des Sparvereins „Nord“, worüber seinerzeit an dieser Stelle berichtet wurde. Zahlreiche kleine Existenzen und Arbeiterfamilien haben dabei ihre Sauer verdienten und mühsam für das Weihnachtsfest ersparten Groschen verloren. Der Sparverein beherrschte geschäftlich fast das ganze nördliche Berlin im Detailhandel. Der Krach wird nun wohl noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Denn Mitte November wurden zwei Vorstandsmitglieder des Vereins wegen Veruntreuung verhaftet. Sie sollen das Geld des Sparvereins dazu verwendet haben, riesige Verluste in fehlgeschlagenen Petroleumspekulationen, die sie auf eigene Rechnung betrieben haben, zu decken. Demnach hätten sie die eigenen Vermögensverluste auf den Verein abgewälzt, um sich selbst schadlos zu halten. Das soll den Zusammenbruch herbeigeführt haben. — Ein Bild von der ungeheuren Geschäftsausdehnung des Vereins ergibt die Tatsache, daß er monatlich über 100 000 Mk. Vorschüsse an die Lieferanten zahlte und jährlich zu Weihnachten etwa drei Millionen Mark abzüglich 10 Prozent Unkosten an die Sparer verteilte; außerdem konnten alljährlich nach Abzug sämtlicher Unkosten etwa 45 000 Mk. Überschuss aufs nächste Jahr vortragen werden. Im Laufe der Zeit gründeten die jetzt Verhafteten einen zweiten Rabattsparverein in Wien-Süden, der sich jedoch nicht sonderlich rentierte. Dann rief man in der österreichischen Hauptstadt eine Zentralfeuerungs- und Petroleumverwertungsgesellschaft ins Leben. Diese verkrachte aber vollständig und kostete den Gründern über eine halbe Million Mark. Diese persönlichen Verluste sollen die Verhafteten nun nachträglich auf den Verein überschoben haben, der dadurch zusammenbrach, während sie sich selbst mit dem Gelde des Vereins sanierten. Ende Februar 1911 meldete die G. m. b. H. dann Liquidation an, und jetzt erstanden fast 500 000 Mk. Spekulationsverluste durch Petroleumunternehmungen in den Büchern, von denen vorher, wie sich jetzt ergeben hat, nichts gebucht war. Nur wenige Tage vorher hatten die Beschuldigten noch mehrere ihnen gehörende Grundstücke zugunsten ihrer Ehefrauen mit 300 000 Mk. belastet, ein Vorgehen, das die Staatsanwaltschaft jetzt wohl anfechten dürfte, nachdem man hinter die wahren Ursachen des Zusammenbruchs gekommen ist. — Der Fall zeigt, wie wenig Verlaß auf derartige Privatgeschäfte ist, die unter der Flagge eines genossenschaftlichen Unternehmens nur privatkapitalistische Interessen verfolgen. Er möge zur Warnung dienen!

Ein Aibel der belgischen Konsumvereinsbewegung ist die Gewährung übermäßig hoher Warenkredite an die Mitglieder. Diese Vorgangswirtschaft hindert das gesunde Wachstum der Konsumentenorganisationen. In einzelnen Provinzen ist keinerlei Fortschritt zu konstatieren, die dortigen Genossenschaften führen nur ein kümmerliches Leben. Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in der Borinage, wo der letzte Vergarbeiterstreik zu Warenschulden von über 1 Million Franken Veranlassung gab, die kaum jemals wieder völlig bezahlt werden dürften. Im Lütticher Distrikt hat eine Genossenschaft bei 90 000 Franken Anteilseinkapital den Mitgliedern 103 000 Franken kreditiert, eine andere sogar bei nur 8456 Franken Anteilseinkapital 87 912 Franken. In diesem Bezirk absorbierten die Warenschulden den gesamten Betrag der Anteilscheine, so daß die Vereine hier tatsächlich nur mit dem Kredit der Lieferanten arbeiten. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Landschaft Huy. Der letzte Kongress der belgischen Arbeiterkonsumvereine zu Solimont nahm eine Resolution an, die von den bestehenden Genossenschaften verlangt: 1. ihre Tätigkeit durch Schaffung von Filialen auszudehnen, alles zu vermitteln, um die Bedürfnisse der arbeitenden Kreise völlig zu decken. An die Arbeiter des ganzen Landes ist ein Appell zu richten, damit sie die Initiative zur Schaffung neuer Genossenschaften er-

greifen, die auf den Prinzipien der Rochdaler Pioniere beruhen. Den Verwaltungen der Genossenschaften wird empfohlen, den Betrag der Anteilscheine auf wenigstens 25 Franken festzusetzen; 2. einen energischen Feldzug gegen das Vorgesystem und zugunsten der Barzahlung zu führen; 3. keine Rückvergütungen, die über 10 Prozent hinausgehen, zu gewähren und ein Gesellschaftsvermögen aus den Ersparnissen der Arbeiter anzusammeln.

Die englischen Konsumgenossenschaften beschäftigten im Jahre 1911 insgesamt 46 187 Angestellte, denen an Lohn 53 056 758 Mk. gezahlt wurden; der Umsatz der Produktion betrug 499 777 803 Mk. Am meisten Arbeiter werden in der Bekleidungsindustrie beschäftigt, nämlich 22 255; es folgen Nahrungsmittel- und Tabakindustrie mit 13 546 Arbeitern, 3597 Maurer, Steinbrecher und Holzarbeiter, Buchdruckerei mit 1940, Webwaren mit 1763, Herstellung von Seife, Kerzen und Stärke mit 1185, Metallbearbeitung und Schiffbauerei mit 588, verschiedene Industrien mit zusammen 1313 Arbeitern. Den größten Umsatz erzielte die Nahrungsmittel- und Tabakindustrie mit 385 641 947 Mk. Gewinnbeteiligung hatten 158 Genossenschaften, darunter 115 Konsumvereine, eingeführt, die 15 286 Arbeiter beschäftigten. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Arbeiterbewegung und Dienstbotenfrage. Unzufriedenheit und Erbitterung gehen um unter der Arbeiterschaft. Das ist nicht schwer zu verstehen und zu erklären. Die Kapitalisten beschränken ja die Ausbeutung der Besitzlosen keineswegs darauf, ihnen für die intensivste Ausnützung ihrer Arbeitskraft im Produktionsprozess einen möglichst schwindigen Lohn zu zahlen und so die körperlichen und geistigen Kräfte der Ausgebeuteten vorzeitig zu zerstören. Sie verweigern ihnen auch hartnäckig einen durchgreifenden gesetzlichen Schutz für Leben und Gesundheit, und sie sind es, die außerdem mit den Mitteln des Zusammenschlusses und allerlei Ränken und Kniffen die Preise für Nahrungs- und Gebrauchsartikel immer höher treiben. Was die lohnarbeitenden Massen als Produzenten schaffen, was sie als Konsumenten darben und entbehren müssen, fließt in reichem Strome den tageliebenden Besitzenden zu.

Der Selbsterhaltungstrieb zwingt die Arbeiterklasse, den Kampf gegen diese Verhältnisse aufzunehmen. Sie tut dies auf wirtschaftlichem Gebiet mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, deren vornehmste und wichtigste Forderungen lauten: kurze Arbeitszeit — auskömmlicher Lohn — großzügige Arbeiterbeschäftigung. Laufen die Proletarier auch nicht mit Siebenmeilenstiefeln auf die Verwirklichung dieser Forderungen zu, so kommen sie ihnen doch näher, je mehr die Zahl und Kraft ihrer Organisationen wächst.

Bis vor kurzem war es hauptsächlich eine Kategorie der Arbeiterschaft, die von Feinden eingekreist, dem Ringen ihrer Klassengenossen und auch dem eigenen Elend mit verbundenen Augen und gefesselten Gliedern gegenüberstand: die Dienstboten. Seit Jahrhunderten erklangen wohl viele Klagen über die Dienstboten. Sie wurden und werden hingestellt als faul und verrotzt, als lügnarisch, leichtsinnig und licherlich. In allen Tonarten wurde über ihre angebliche Schlechtigkeit gesungen und gepöffelt. Aber es kamen wenig Klagen von ihnen selbst, über ihr Loos und die Herrschaften, obwohl sie wahrlich allezeit tausend Gründe dazu gehabt hätten. Meist unaufgeklärt, weltfremd und verschüchtert, in den einzelnen Haushaltungen isoliert, in denen ihnen stets ein fremder Wille aufgezwungen wurde, fanden sie nur mühselig den Weg in die Öffentlichkeit und ein Sprachrohr für ihre Klagen. Erst das Erstarken der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren, das Aufblühen der proletarischen Presse brachte es mit sich, daß heute den Verhältnissen der Dienstboten ein Teil der Beachtung zugewendet wird, die sie finden müssen, wenn ihr Elend gelindert werden soll.

Nun sündigen gerade in diesem Punkte noch sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen in Gedankenlosigkeit. Tausende junger Proletariermädchen treten jährlich in Dienst, viele davon sind die Töchter, die Schwestern, die Bräute von organisierten Arbeitern. Aber denen fällt es gar nicht ein, die jungen Mädchen hinzuweisen auf die Notwendigkeit der Organisation, trotzdem sie deren Schutz schon infolge ihrer größeren Rechtlosigkeit noch in höherem Maße brauchen als die Angehörigen anderer Berufe.

Eine Arbeitszeit von durchschnittlich 14 Stunden, ein Stundenlohn von 2 bis 3, wenn's hoch kommt von 4 bis 5 Pf., in unzähligen Fällen ungenügende Kost, der oft genug eine brutal rückwärtslose Ausnützung der jungen Kraft sich zugesellt. Keine Pflanze, keine Gemütlichkeit, keine Freiheit! So flieht das Leben der mei-

sten Mädchen trübe dahin, und vielen kommt es noch nicht einmal zum Bewußtsein, daß sie so um das Beste betrogen werden. Tag um Tag sind sie zu einer bedingungslosen Preisgabe des eigenen Willens gezwungen, der dann oft genug als letztes Glied einer drückenden und häßlichen Kette die Preisgabe der Mädchenehre folgt. Die grauenvollen Zahlen der Dienstmädchen, die in die Prostitution hinabsinken, der Selbstmorde und Selbstmordversuche von Mädchen müßten allein schon genügen, um jedem denkenden Arbeiter und jeder Arbeiterin die Mäße der Scham und der Empörung in die Wangen zu treiben und sie aufzustacheln zum Kampfe für ihre dienenden Schwestern, die noch zu unwissend und zu schwach sind, um aus eigener Kraft ihre Verhältnisse zu bessern.

Gerade den Dienstboten gegenüber darf die proletarische Solidarität nicht versagen. Die jungen Mädchen von heute sind die Mütter von morgen, deren Aufgabe es sein wird, unserer Klasse die neuen Kämpfer zu gebären und heranzubilden. Und sie werden erst freie Menschen gebären können, wenn sie selbst freie Menschen geworden, wenn die Überzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Unterdrückten in ihnen lebendig wirkt und die Erkenntnis der inneren Zusammenhänge unserer Kämpfe. Dazu tut die Hilfe der gesamten Arbeiterklasse not. Wenn jeder Organisierte es sich zur Pflicht macht, seine Angehörigen und Bekannten, die als Dienstboten, Wasch- und Aufwartfrauen tätig sind, auf ihre Organisation — den Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands — hinzuweisen und sie zum Beitritt zu veranlassen, dann wird es dem Verband in absehbarer Zeit möglich sein, seinen Mitgliedern einen größeren Teil von dem zu erringen, was das Leben schön und lebenswert macht. Dann wird er auch in den Stand gesetzt werden, gegen die empörenden Ausnahmegeetze des Gesinberchts energischer anzukämpfen und so allmählich den Sumpf trocken-zulegen, aus dem immer neues Elend für die Dienenden quillt. Arbeiter, Arbeiterinnen! Seid darum nicht lau und lässig. Sorgt dafür, daß auch die letzte eurer dienenden Schwestern ihrer Organisation sich zuwendet, dem

Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands,

Siß Berlin SO 16, Engelshufer 21.

B. S.

Branchen die Dienstmädchen die Fortbildungsschule?

Diese Frage wurde Anfang Dezember in einer Versammlung der Ortsgruppe Leipzig des Hausangestelltenverbandes behandelt. Genossin Vaar-Berlin, die das Referat erstattete, bejahte sie ausdrücklich, gestützt auf gute Gründe. Sie ging bei ihrer Beweisführung von der satifam bekannten Tatsache aus, daß die Volksschule nur eine kümmerliche, unzulängliche Vorbildung für das Leben gibt. Und nur mit dieser Bildung ausgerüstet, müssen meist kaum der Schule entwachsene Töchter des Volkes hinaus, um als Dienstmädchen ihr Brot zu verdienen. Unvorbereitet, aus bescheidenen, oft ganz ärmlichen Verhältnissen treten sie in Herrschaftshäuser ein, wo sie viele, schwere und verantwortungsvolle Arbeiten leisten sollen. Für ihre allgemeine menschliche Entwicklung, für ihre Berufstätigkeit tut die Weiterbildung in Fortbildungsschulen und Fachschulen bitter not. Aber woher Zeit und Geld dafür nehmen? Die Referentin wies in diesem Zusammenhang nach, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Dienenden eine Voraussetzung für die Fortbildung ist. Insbesondere wichtig ist, daß den jungen Mädchen die freie Zeit für ihre Weiterbildung gegeben werden muß. Die wenigsten Herrschaften werden sie freiwillig gewähren. Deshalb muß die Gesetzgebung den Besuch der öffentlichen, unentgeltlichen Fortbildungsschulen obligatorisch machen. Bis jetzt ist sie an den Bedürfnissen der Dienenden achtlos vorübergegangen. Die anregenden Ausführungen schlossen mit Beispielen, die klar den Wert der Fortbildung für die Mädchen erkennen ließen. Das nächste praktische Ergebnis des Vortrags war der einstimmige Beschluß der Versammlung, in einer Eingabe an den sächsischen Landtag den obligatorischen Fortbildungsunterricht für alle Mädchen bis zum 18. Jahre zu fordern. Ein zweites Referat, das Genossin Graf, Landtagsabgeordnete, über „die Schulreform im sächsischen Landtag“ hielt, fand die gleiche Aufmerksamkeit wie Genossin Vaars Vortrag. Die Diskussion brachte — wie stets — Schilderungen von der verbesserungsbedürftigen Lage der Dienstmädchen. Sie schloß mit dem Hinweis auf den Verband und sein segensreiches Wirken. Die Genossinnen hatten das Ihrige zum Erfolg der Versammlung beigetragen; in den einzelnen Stadtteilen hatten sie einschlägige Flugblätter verbreitet.

M. Sch.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die österreichischen Genossinnen im Kampfe gegen den Krieg. Die Genossinnen in Osterreich sehen ihre Aktion gegen den

Krieg fort. Neben den vielen Volksversammlungen, die die Partei veranstaltet, finden fortgesetzt **Frauenversammlungen** im ganzen Reiche statt. Große Begeisterung erwecken die Ausführungen über die Friedensdemonstration in Basel. Die Verbreitung des Manifestes, das vom Internationalen Sozialistischen Kongreß beschlossen wurde, ist in Osterreich verboten. Die Staatsanwälte haben es konfisziert. Die sozialdemokratischen Abgeordneten wollten es im Parlament gegen die staatsanwaltlichen Machenschaften sicherstellen, an der Bedientenhaftigkeit der bürgerlichen Abgeordneten ist dieser Versuch aber gescheitert. Wäre nämlich das Manifest in öffentlicher Parlamentsitzung zur Verlesung gelangt, so wäre es dadurch der behördlichen Verfolgung entzogen worden und die Konfiskation hätte ihre Kraft verloren. Der Präsident des Abgeordnetenhauses aber, ein stramm „Deutscher“, Dr. Sylvester, beraunte eine geheime Sitzung an, und so blieb das Manifest konfisziert. Freilich kommen die Staatsanwälte mit der Konfiskation gewöhnlich um einige Stunden zu spät, und so war die „Arbeiterzeitung“, die das Manifest enthielt, schon in den Händen vieler Leser, als die Konfiskation verfügt wurde. Das Manifest wäre wohl ohne die Konfiskation von niemandem mit so viel Eifer gelesen worden, als dies jetzt geschieht. Und es geht von Hand zu Hand...

Die guten Patrioten in Osterreich, das sind die Christlichsozialen und die Deutschradikalen, benützten den Kongreß in Basel in erster Linie zu einer außerordentlich fanatischen Heße gegen die Sozialdemokratie. „Vaterlandsverräter“, „Hochverräter“ scholl es uns entgegen. Besonders wütete man von dieser Seite gegen den Genossen **Kenner** wegen seiner Rede in Berlin und gegen den Genossen **Bernerstorfer** wegen seiner Rede in Paris. Selbst nach Ausnahmegesetzen riefen die Schwarzzgelben. Ihre patriotische Berücktheit ging so weit, daß sie die Sozialdemokratie beschuldigten, sie arbeite mit ihrer Agitation gegen die Kriegsheße in bewußter Weise — für Rußland. Man veranstaltete vor Denkmälern Demonstrationen für den Krieg, und christlich-soziale Abgeordnete hielten Reden, die sie mit dem Rufe schlossen: „Hoch die Armee, nieder mit den Sozialdemokraten, den Vaterlandsverräteren“. In einem Stadtkaffeehaus ließen sie das **Prinz Eugen-Lied** spielen, das sie stehend anhörten, und als ein Kaffeehausgast — es war ein sozialdemokratischer Abgeordneter — die patriotische Blödelei ignorierte und seine Zeitung weiterlas, da umringten sie ihn gleich einer Horde von Wilden und wollten ihn zum Aufstehen zwingen. Kein Tag vergeht ohne patriotisches Getöse. Einmal demonstrieren Studenten, dann der Gemeinderat; jede Versammlung benützt die christlichen und deutschnationalen Heber zu einer kriegsbegeisterten Loyalitätskundgebung.

So ist die Stimmung, die in Wien die Oberfläche des öffentlichen Lebens beherrscht. Das Bürgertum aber wagt nicht, sich gegen sie aufzulehnen. In seinem Herzen ist es gegen den Krieg, es überläßt es aber den Sozialdemokraten, gegen die Kriegshekerei anzukämpfen. Einzig eine bürgerliche **Frauenversammlung** hat gegen alle Kriegsabsichten demonstriert. Und nur eine bürgerliche **Frauenzeitung** hat gewagt, die Bedeutung des Baseler Kongresses anzuerkennen und gegen die Konfiskation des Manifestes zu protestieren. Diese Zeitung ist das Organ des Osterreichischen Frauenvereins, das „**Neue Frauenleben**“. Sonst schweigen alle bürgerlichen Blätter. Kein Wort findet die sogenannte freisinnige Presse gegen die häufigen Konfiskationen der „Arbeiterzeitung“, gegen die Unterdrückung des Manifestes der Sozialistischen Internationale, gegen die Erdröckelung der Redefreiheit im Parlament. Die Regierung hat aus Anlaß der Kriegsgefahr Gesetze eingebracht, die eine Reihe von drückenden Bestimmungen enthalten. Die bürgerlichen Parteien würden sie unbesehen angenommen haben, wenn nicht die Sozialdemokratie sich zur schärfsten Kritik und Abwehr erhoben hätte. Die bürgerliche Presse hat auch da geschwiegen. Der Sozialdemokratie ist es gelungen, die Parteien wenigstens so weit aufzupeitschen, daß die Regierung einige der unerhörtesten Bestimmungen der **Kriegsleistungsgesetze** fallen lassen mußte. Die Gesetze bleiben so noch hart genug. Bis zum fünfzigsten Jahr kann jeder Mann, auch wenn er nicht Soldat war, im Falle eines Krieges von der Militärverwaltung zu Dienstleistungen außerhalb des Krieges herangezogen werden. Die Militärbehörden können Fabriken usw. übernehmen, jedem Bauern kann auch sein einziges Pferd zu Kriegszwecken genommen werden, nur die Pferde des Hofes und der **Kennstallbesitzer** bilden eine Ausnahme.

Was schon jetzt, ohne daß Osterreich im Kriege steht, an Angst und Unruhe über die Bevölkerung verhängt wird, ist unbeschreiblich. Täglich gibt es neue Schreckensnachrichten. Und erst die Kosten dieser Kriegsvorbereitungen! Auf 250 Millionen Kronen

wurden schon vor zwei Wochen die Kosten der nur teilweise Mobilisierung geschätzt. Wie erst, wenn es wirklich zum Kriege käme? Was hat man nicht wegen des osterreichischen **Konfuls Prohaska** getrieben! Dieser Beamte war in **Prizrend** stationiert, das von den Serben erobert wurde. Es blieben nun einige Zeit die Nachrichten von Konful Prohaska aus, und da hieß es, er sei von den Serben gefangen und mißhandelt worden. Die „Reichspost“ sah ihn schon geschändet, verstümmelt, ja tot, und was sonst noch alles für Gerüchte herumgingen. Der Name Prohaska beherrschte einige Wochen die ganze Öffentlichkeit. Und nun ist der Mann heil und unversehrt, gar nichts ist ihm geschehen, wie endlich die Regierung konstatiert. Nicht einmal die „**Fahnen Osterreichs**“ sollen beschmutzt worden sein“.

Die Sozialdemokratie hat keinen Augenblick verloren. Ohne Raß hat sie nach den Beschlüssen des Internationalen Sozialistischen Kongresses gehandelt. Auch in den Stunden der höchsten patriotischen kriegshebenden Leidenschaften hat sie den Massen stets das Banner vorangetragen mit der Losung: **Krieg dem Kriege**. Und das wird sie auch weiter tun. Die Genossinnen aber sind mit ganzer Seele bei der sozialdemokratischen Friedensaktion. **Frauenversammlungen** gegen den Krieg finden noch immer statt. Die Genossinnen halten es für ihre heilige Pflicht, auch die Proletarierinnen darüber aufzuklären, daß ein Krieg für Osterreich das furchtbarste Übel wäre und daß das arbeitende Volk um so enfter und entschlossener sein muß, ihn abzuwehren, als das Bürgertum im Kampfe gegen die drohende Gefahr versagt. a. p.

Frauenstimmrecht.

Die Erfolge der Frauen bei den Londoner Munizipalwahlen sind bemerkenswert. In 11 Bezirken (Boroughs) wurden zusammen 22 Frauen als Gemeindevertreter gewählt. 8 der Gewählten zählen zu den „Gemäßigten“, 7 zu den „Fortgeschrittenen“ und 5 zu der „Arbeiterpartei“. Unter diesen letzteren befinden sich 5 Führerinnen der sozialistischen „Liga für die Interessen der erwerbstätigen Frauen“. Es sind die Genossinnen **Bentham**, **Phillips**, **Walters**, **Turnbull** und **Williams**. Zwei andere belamte Mitglieder der „Liga“ sind leider unterlegen, ebenso andere Genossinnen, unter ihnen eine Kandidatin der Britischen Sozialistischen Partei, **Frau Scurr**, die seit langem innerhalb ihres Munizipalbezirks wertvolle soziale Arbeit zur Linderung des Massenelends leistet. Eines besonderen Erfolgs darf sich die „Liga“ auch insofern rühmen, als Genossin **Williams** in ihrem Bezirk **Swansea** als Bürgermeisterin amtiert wird. Es ist 30 Jahre her, daß Genossin **Williams** als zehnjähriges Proletarierkind bei einer Dienstherrschaft der nämlichen Gemeinde den Kampf mit dem Leben aufnehmen mußte. Was sie geworden ist, verdankt sie der Arbeiterbewegung und ihrem eigenen rastlosen Streben. Es ist ein Stück proletarischer Geschichte, das sich in diesem Lebensschicksal zeigt.

Frauenbewegung.

Die fünfte Generalversammlung des Katholischen Frauenbundes in Straßburg i. E. wird unzweifelhaft von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Entwicklung der katholischen Frauenbewegung sein. Sie brachte eine unzweideutigere offizielle Anerkennung der Frauenbewegung durch die Kirche als alle ihre Vorgängerinnen. Der Spruch des Apostels Paulus: „Das Weib schweige in der Gemeinde“, der so lange der Frauenbewegung als starres Dogma entgegengerufen wurde, soll kein Glaubenssatz mehr sein. Die „Christliche Frau“ rühmt die „geradezu glänzende Vorarbeit“, die Bischof Dr. Fröhen von Straßburg in geistlichen Kreisen für die Tagung geleistet hatte. In einem Erlaß an den Klerus hatte er Notwendigkeit und Aufgabe des Katholischen Frauenbundes wie folgt erläutert: „Neben den bereits bestehenden und äußerst segensreich wirkenden religiösen und charitativen Frauenvereinen brauchen wir eine Organisation, welche zu den immer mehr in den Vordergrund tretenden Frauenfragen Stellung nimmt, die katholische Frauenwelt auf diesem Gebiet anregt, sammelt, schult, leitet und dabei überall die katholische Auffassung zu gebührender Stellung bringt. Es handelt sich ja nicht mehr darum, zu entscheiden, ob man der Erörterung dieser Fragen durch die Frauen sympathisch gegenübersteht oder nicht, denn dieselbe findet auf jeden Fall auch im Elsaß statt. Es gilt also, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die katholischen Frauen in der Behandlung dieser Probleme sich vom katholischen Geiste in dem kirchlichen Sinne leiten lassen. Das ist gerade die wichtige Aufgabe, welche der Katholische Frauenbund sich gestellt hat, der er sich in allen Gegenden Deutschlands, und zwar auch in

Strasbourg und Kolmar, mit unermüdlichem Eifer und bemerkenswertem Erfolg unterzieht. ... Wir empfehlen also den katholischen Frauenbund und speziell die bedorftene Generalversammlung Unserem Klerus recht nachdrücklich. Es würde uns zu großer Freude gereichen, wenn viele Geistliche diese Gelegenheit benützen, das Wirken des katholischen Frauenbundes näher kennen zu lernen, und auch die katholischen Frauen ihrer Pfarreien zu reger und zahlreicher Teilnahme veranlassen." ...

Doch damit nicht genug. Hören wir die angeführte Zeitschrift weiter: „Auch die grundsätzliche Stellung der Kirche zu den die Frauenwelt bewegenden Fragen ist auf dieser Tagung in klaren Worten dargelegt worden. Es geschah im großen Abendvortrag des Herrn Bischofs Dr. Faulhaber von Speyer über: *Moderne Frauentätigkeit im Lichte des katholischen Glaubens*. Der Redner hob zunächst die innere Notwendigkeit des katholischen Frauenbundes hervor, der zwar auf neutralen Gebieten der Fraueninteressen und Fürsorgebestrebungen mit anderen Organisationen zusammenarbeiten könne, der aber daneben auch die organischen Zusammenhänge zwischen kirchlicher Weltanschauung und modernen Zeitaufgaben zur Geltung bringen solle. Manche Zweige unserer Betätigung müssen von den Vorschriften der katholischen Religion beherrscht werden und von ihrem Geiste durchtränkt sein, wenn sie den Forderungen unserer Weltanschauung gerecht werden wollen. Daneben aber gibt es Gebiete, die außerhalb des kirchlichen Dogmas liegen. Kein Glaubensgebot steht den Frauen entgegen, wenn sie, die heute ihre Interessen im Krankenversicherungswesen bereits selber vertreten, das gleiche etwa bei Handwerkskammern und Kaufmannsgerichten erstreben, oder wenn sie einen höheren güterrechtlichen Schutz in der Ehe fordern. Nicht einmal das politische Stimmrecht kann auf Grund eines Dogmas abgelehnt werden.“

Das ist im Grunde nicht mehr und nicht weniger als eine Kapitulation des toten Buchstabenglaubens vor der lebendigen Macht der Frauenbewegung, die aus revolutionierten gesellschaftlichen Verhältnissen erwächst. Wie kräftig und blühend diese Bewegung auch unter der katholischen Bevölkerung geworden ist, das bekundeten Tätigkeitsbericht und Verhandlungen des „Frauenbundes“. Dieser hat so viel an Ausdehnung und Stärke gewonnen, daß die Generalversammlung eine Dezentralisation in Unterverbände, sogenannte Landes- oder Provinzialverbände beschloß. Die katholische Frauenbewegung ist zu einem gesellschaftlichen Faktor geworden, mit dem die übrige bürgerliche Frauenbewegung ernstlich rechnen muß und an dem die sozialistische Bewegung keineswegs nichtachtend vorübergehen kann. Denn hier werden zielbewußt und planmäßig Kräfte geweckt und gesammelt, die die katholischen Proletarierinnen nicht bloß unter dem bischöflichen Krummstab, vielmehr auch unter den Skorpionen der kapitalistischen Ordnung halten sollen.

Verschiedenes.

Ultramontane Knechtsmoral. „Wir für unsere Person haben es niemals nützlich finden können, den verelendeten Arbeitern Entschuldigungen zugunsten üppiger Herren zu predigen, den letzteren alle guten Dinge dieser Erde zuzugestehen, die ersteren aber allein aufs Jenenseits hinzuweisen. Durch nichts setzt man sich in ärgeren Widerspruch mit der strengeren Gerechtigkeitslehre des Christentums.“ So schrieb vor Jahren der klerikale österreichische Sozialpolitiker Freiherr Karl v. Vogelsang. Wollte unser Zentrum seine Worte beherzigen, so würde es gar bald die Macht über seine proletarischen Nachläufer verlieren; denn das muß die unausbleibliche Folge sein, sobald sich der Arbeiter auf seine Menschenwürde besinnt und sich als gleichberechtigt fühlt. Das Zentrum braucht für seine volksverräterische Politik bedingungslos Gläubige. Daher lassen die Schwarzen nichts unversucht, die Arbeiter im Zustand der Knechtseligkeit zu erhalten. Sie bemühen vor allem ihren großen religiösen Einfluß, diesen Geist der Unterordnung zu stärken. Das Bischofswort: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben!“ ist nicht — wie man es später weismachen wollte — eine Entgleisung, sondern die kürzeste Formel ultramontaner Sklavenmoral. Mit ein bißchen anderen Worten haben viele Zentrumskleuchten Hunderte von Malen das selbe gesagt; sie plagten mit ihrer Auffassung nur nicht so offenherzig heraus, sondern bemäntelten sie durch eine jesuitisch verlaufene Wendung, damit die lieben Schäfchen nicht scheu werden sollten. In der zentralistischen Winkelpresse wird diese schlaue Taktik manchmal vergessen; man glaubt sie hier nicht so nötig zu haben. In ihr findet man zahlreiche Beweise dafür, welche Knechtsmoral das Zentrum verbreitet.

Das „Liberiusblatt“ ist eine Wochenschrift „zur Erbauung, Belehrung und Unterhaltung für das christliche Volk“ und erscheint als Beilage des zentralistischen „Volksfreund“ in Hamm i. B. In seiner Nummer 45 vom 10. November 1912 findet sich eine Predigt zum 24. Sonntag nach Pfingsten. Sie handelt von den „Dienstboten“. Als oberste Pflicht der „guten Dienstboten“ gilt selbstverständlich der Gehorsam: „Dienstbote zu sein oder, kürzer gesagt, dienen heißt nichts anderes als gehorsamen. ... In unseren Tagen gibt es nicht selten Dienstboten, welche in dieser Beziehung gegen ihre Standespflicht fehlen. Sie erweisen ihrer Herrschaft nicht die gehörige Achtung, antworten mit unhöflich barschem Tone oder stoßen gar Schimpfworte gegen sie aus, erheben die sonderbarsten Ansprüche und betragen sich, als ob die Vorgesetzten ihresgleichen wären; sie sind eigenförmig und rechthaberisch, und wenn ihnen eine Arbeit aufgetragen wird, die nicht nach ihrem Sinne ist, so gehorchen sie mit Murren oder gar nicht. Das ist ungeziemendes, sündhaftes Betragen, das den Vorschriften des Christentums durchaus widerspricht.“ Dann folgt — genau wie beim Bischof Henle — die Verurteilung auf den Apostel Paulus!

Aber es kommt noch besser! Der Dienstbote soll sich auch — die Religion befiehlt es! — schrankenlos ausbeuten lassen. Denn die zweite Eigenschaft des „guten Dienstboten“ ist natürlich der Fleiß. Wir lesen darüber: „Es ist nicht genug, daß die Dienstboten in der zur Arbeit bestimmten Zeit tätig sind, sondern es wird auch gefordert, daß sie im Sinne ihrer Herrschaften mit Fleiß, das heißt so arbeiten, daß diese billigerweise damit zufrieden sein können.“ Faulle Dienstboten sind vor Gott und im Gewissen verpflichtet, den durch sie verursachten Nachteil zu ertragen, wenn ihre Sünden vergeben werden sollen.“ Jakob, der zwanzig Jahre diente, wird als Muster hingestellt. Auch treu müssen die „guten Dienstboten“ sein. Sie sollen nichts aus dem Hause schwärzen, was die Herrschaft geheimzuhalten wünscht. Ist diese Vorschrift in erster Linie für — Pfarrenschwestern bestimmt?

Das „Liberiusblatt“, das die Knechtsmoral vertritt, ist dasselbe Blatt, das vor einiger Zeit die „Süßigkeit der Arbeit“ in folgender geradezu aufreizender Weise schilderte: „Der Hunger trocknet den Geist aus und macht kurzen Atem, erweckt Angst und verursacht tausend Beschwerlichkeiten und Schmerzen; allein die Arbeit ist ein so gutes Mittel, daß ein Knecht gut schlafen kann, wenn auch beide Unbequemlichkeiten vorhanden sind. Denn weil die Knechte den ganzen Tag herumlaufen, ihren Herren zu Diensten sind, arbeiten und gar nicht Zeit haben, sich zu erholen, so ist der süße Schlaf, den sie genießen, eine genugsame Belohnung für ihre Müdigkeit und Arbeit. Denn das haben wir der Gnade Gottes zu danken, daß das Vergnügen nicht für Gold und Silber feil ist, sondern durch Mühe, Arbeit und Notdurft erlangt werden muß. Bei den Reichen ist solches anders. Wenn sie gleich auf weichen Lagern liegen, so kommt doch die ganze Nacht kein Schlaf in ihre Augen, und sie mögen vornehmen was sie wollen, so erhalten sie dieses Vergnügen dennoch nicht. Allein ein Armer hat müde Glieder, wenn er von der Arbeit kommt, und fängt schon an, ehe er sich niederlegt, das Vergnügen eines süßen Schlafes, der Vergeltung all seiner Arbeit, zu genießen. Da also ein Armer mit mehr Vergnügen ist, trinkt und schläft, was haben denn die Reichtümer noch für einen Vorzug, da sie auch des Vorzuges, den sie vor der Armut voraus zu haben scheinen, beraubt sind.“

Muß uns nicht tiefes Mitleid erfassen für die „armen“ Reichen, die nicht bloß über „faule Dienstboten“, sondern auch über Mangel an „süßem Schlaf“ zu klagen haben? Man wundert sich angesichts ihres Jammers nur, warum sie nicht mit den „reichen“ Armen tauschen. Und daß Leute sich nicht schämen, dem werktätigen Volke solchen Knecht aufzutischen.

Die beiden Auslassungen sind bezeichnend dafür, was den katholischen Arbeitern geboten werden darf. Kein Sturm der Entrüstung erhebt sich unter ihnen über solche dreiste Zumutungen und freche Verhöhnungen. Die gepredigte Knechtsmoral ist ihnen schon in Fleisch und Blut übergegangen. Wenn man in der Zentrumschmiede dauernd auf solche Predigten hört, so versteht man erst die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zum Lager der „Gelben“ hinüber. Das sind „gesunde gelbe Gedanken“, wie sie die Gelben selbst nicht besser äußern könnten.

Hoffen wir, daß die zunehmende Verschärfung der Klassengegensätze und unsere Aufklärungsarbeit die katholischen Proletarier zum Klassenbewußtsein aufrütteln und sie aus dem Banne der ultramontanen Knechtsmoral befreien.

Ernst Mehlisch.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Zeitin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Trutz und Verlag von J. G. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.